



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 1 / 1982

17. Jahrgang

Verwendungsaufstieg – eine Farce?

Personalrats- wahlen 1982

Seite 2

Schreiben an das BPM und den Berufsbildungs- ausschuß

Seite 2 u. 3

Aus der Arbeitsgruppe Pt

Seite 3

Wichtiger Hinweis

Seite 6

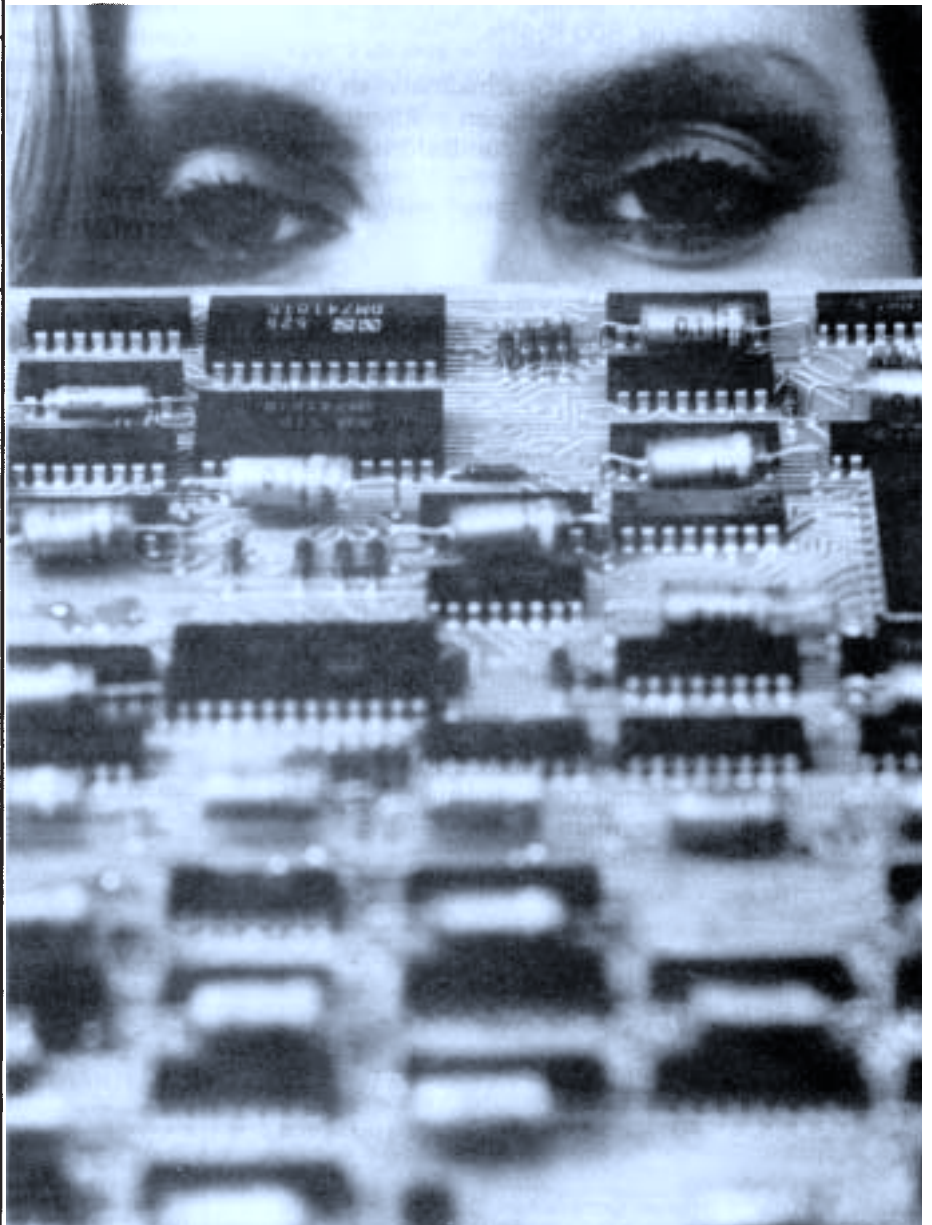
Fakten zur Personaleinsparung

Seite 6

**Redaktionsschluß
für Ausgabe 2/82:
15. Mai 1982**

Intelligentes Fernsprechsistem:

Beim neuen TN-Organisationskonzept für Telekommunikationsmedien steht die Fernsprech-Nebenstellenanlage im Mittelpunkt. Es umfaßt die Kommunikation für Sprache, Text, Bild, Daten.



Pressefoto: Telefonbau und Normalzeit (TN)

Verwendungsaufstieg – eine Farce?

Die Kollegen, welche durch die einmalige Maßnahme des Verwendungsaufstiegs zum 01. Dezember 1980 zum TFJ befördert wurden, hatten erwartet, daß sie ein Jahr später die nächsthöhere Besoldungsstufe (A 10) erreichen.

Obwohl keine gesetzliche Regelung hierfür besteht, hatte man allgemein angenommen, daß durch das vorgeschrittene Lebensalter die eingeschränkten Beförderungsmöglichkeiten (nur bis zur Besoldungsgruppe A 11) und den Einstieg unterhalb der Laufbahngrenze A 10 (= Regeleinstieg im CFt-Dienst) eine Beförderung nach A 10 nach Jahresfrist möglich wäre.

Die Fakten sprechen jedoch gegen diese Annahme. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Beförderung der Verwendungsaufsteiger in die Bedingungen der allgemeinen Beförderungsrichtlinien eingebunden werden. Zur Zeit gibt es 2.500 Kräfte, die auf eine Beförderung nach A 10 warten. Von diesen 2.500 Kräften sind 1.500 Verwendungsaufsteiger; davon beträgt die Anzahl der Aufsteiger BFt - CFt ca. 500 Kräfte.

Nach Abzug der durch die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zurückbehaltenen Planstellen bleiben 500 Planstellen A 10 für Beförderungsmöglichkeiten übrig.

Dem gegenüber stehen 2.500 Kräfte, die auf eine Beförderung warten.

Beförderungen nach A 10 werden nach allgemeinen Beförderungsrichtlinien der DBP durchgeführt; d. h. die Ämter allein stellen die Beförderungsvorschläge zusammen.

Somit werden die Beförderungen von Verwendungsaufsteigern wie jede andere Beförderungsmaßnahme bei der DBP behandelt.

Im Klartext heißt dies:

Der Zeitraum bis zur Beförderung nach A 10 kann für die Verwendungsaufsteiger ca. 5 Jahre betragen. Die in der Bundeslaufbahnverordnung durch den Gesetzgeber "vorgesehene" Beförderungsmöglichkeit bis A 11 ist somit kaum realisierbar.

Diese Fakten stellen nach unserer Auffassung unververtretbare soziale Härten dar, weil dadurch viele Verwendungsaufsteiger nicht in den Genuß einer Beförderung nach A 10 kommen, da sie sich im fortgeschrittenen Lebensalter befinden.

Personalratswahlen 1982

VDFP-Aufruf: Grundrechte wahrnehmen!

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der DBP wählen auf der Grundlage des Bundespersonalvertretungsgesetzes in der Zeit vom 4. – 6. Mai 1982 ihren Orts-, Bezirks- und Hauptpersonalrat.

Gerade für die mittleren technischen Dienste sind diese Wahlen von besonderer Bedeutung. Hat doch die ministerielle Verfügungsgewalt bei fast jeder Neubemessung eine Personalverminderung zum Ziel. Dies in jedem Fall zu

verhindern, liegt zwar nicht in den Möglichkeiten der Personalvertretung. Auch ist die Unterbringung von rationalisierungsbetroffenen Kollegen Aufgabe der Verwaltung, da der Personalrat beim Erstellen von Sozialplänen lediglich Überwachungsfunktionen hat. Bei der Realisierung von Sozialplänen hat er lediglich auf die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer zu achten.

Wie bei jeder Wahl stärkt aber eine hohe Wahlbeteiligung den Rücken der Gewählten. Der Personalrat ist somit ein mehr oder weniger starkes Gegengewicht zur Verwaltung. Wir brauchen Personalräte, die sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsverfahren (einschließlich der Bemessungs- und Bewertungsrichtlinien) und der Arbeitsumgebung einsetzen. Nur aktive Personalräte werden sich dieser Aufgabe stellen und sie bewältigen.

Der mittlere technische Dienst ist nicht die Manövriermasse um eine günstige Kosten-Nutzungs-Rechnung zu erreichen. Wir wollen nicht als solche betrachtet und nicht so behandelt werden.

Wir fordern daher unsere Kolleginnen und Kollegen in den BFt / BPt-Diensten auf, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen und zur Wahl zu gehen. Die VDFP stellt keine eigenen Listen auf. Wir unterstützen die Kandidaten oder Listen der Gewerkschaften, bei denen es gilt, die Wahl nach der Reihung der aufgestellten BFt / BPt-Kandidaten zu treffen.

A. D.



Schreiben an das BPM und den Berufsbildungsausschuß

Bundesministerium für das
Post- und Fernmeldewesen
Abtlg. 3
Postfach 8001
5300 B o n n 1

Verwendungsaufstieg gemäß § 29 BLV

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu unserem Bedauern mußten wir feststellen, daß der Verwendungsaufstieg gemäß § 29 BLV mit erheblichen finanziellen Nachteilen für die betroffenen Kollegen verbunden ist. Daran ändert auch die Ausgleichszulage für die Besitzstandswahrung nicht viel, da diese sich bei allgemeinen Besoldungserhöhungen um den jeweiligen Erhöhungsbetrag verringert.

Da der Verwendungsaufstieg ein großes Maß an Leistungsbereitschaft und Einsatzwillen verlangt, ist es uns völlig unverständlich, warum eine finanzielle Schlechterstellung damit verbunden sein soll.

Eine Lösung, um diese Benachteiligungen auszuschließen, wäre die Übernahme nach A 10 statt nach A 9. Wir sind der Meinung, daß der § 44 Abs. 1 BLV eine Möglichkeit bietet, in diesem Sinne zu verfahren.

P. B.



Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Volmerswertherstr. 29, 4040 Neuss 1, Telefon privat 02101 / 35550; Waldemar Hörle, Gerhard-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt/M. 50, Telefon 0611 / 571655, dienstl. 06195 / 4782751.

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

Berufsbildungsausschuß der
Deutschen Bundespost
Postfach 8001
5300 B o n n 1

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Interesse verfolgen wir die Absicht, Ausbildungen in einzelnen Bereichen der Deutschen Bundespost zu einem öffentlich-rechtlichen Abschluß zu führen.

Das Bestreben im gehobenen nichttechnischen Dienst, die Ausbildung zum Volkswirt an posteigenen Akademien sowie im mittleren nichttechnischen Dienst die Ausbildung zum „Postkaufmann“ mit öffentlich-rechtlichen Abschlüssen zu versehen, und die mit gleicher staatlicher Anerkennung schon praktizierte Ausbildung des einfachen nichttechnischen Dienstes zur Dienstleistungsfachkraft bedeutet folgerichtig die Einführung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsabschlusses eines staatlich geprüften Technikers für den mittleren technischen Dienst.

Da die bisherige Ausbildung des mittleren technischen Dienstes inhaltlich zum größten Teil mit der Ausbildung des staatlich geprüften Technikers übereinstimmt, wären nur geringfügige Änderungen notwendig, um die von uns schon lange geforderte und längst überfällige Einführung dieses öffentlich-rechtlichen Abschlusses für den mittleren technischen Dienst zu ermöglichen.

Ein weiterer Ausschluß des mittleren technischen Dienstes von den geplanten Neuregelungen würde zu einer nicht mehr zu rechtfertigenden Benachteiligung der betroffenen Kollegen führen.

Gleichlautendes Schreiben auch an das BPM, Abt. 3.

P. B.
ⓘ

Aus den Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe Pt

Frankfurt/M., 14. 09. 1980

Negative Auswirkungen für die DSt MT aus der Probeerhebung

1979 fand für die Maschinenteknik eine bundesweite Probeerhebung statt.

Die ermittelten Werte liegen dem BPM inzwischen vor.

Eine endgültige Bemessung aller DSt war zu erwarten, ist aber bis heute nicht erfolgt.

Dennoch sind Auswirkungen der Probeerhebung spürbar. Das BPM nutzt die Probeerhebung, wenn Einsparungen zu erwarten sind.

Dienststellen, die einen Personalmehrbestand ausweisen, erhalten nach und nach den Auftrag, die DSt neu zu bemessen.

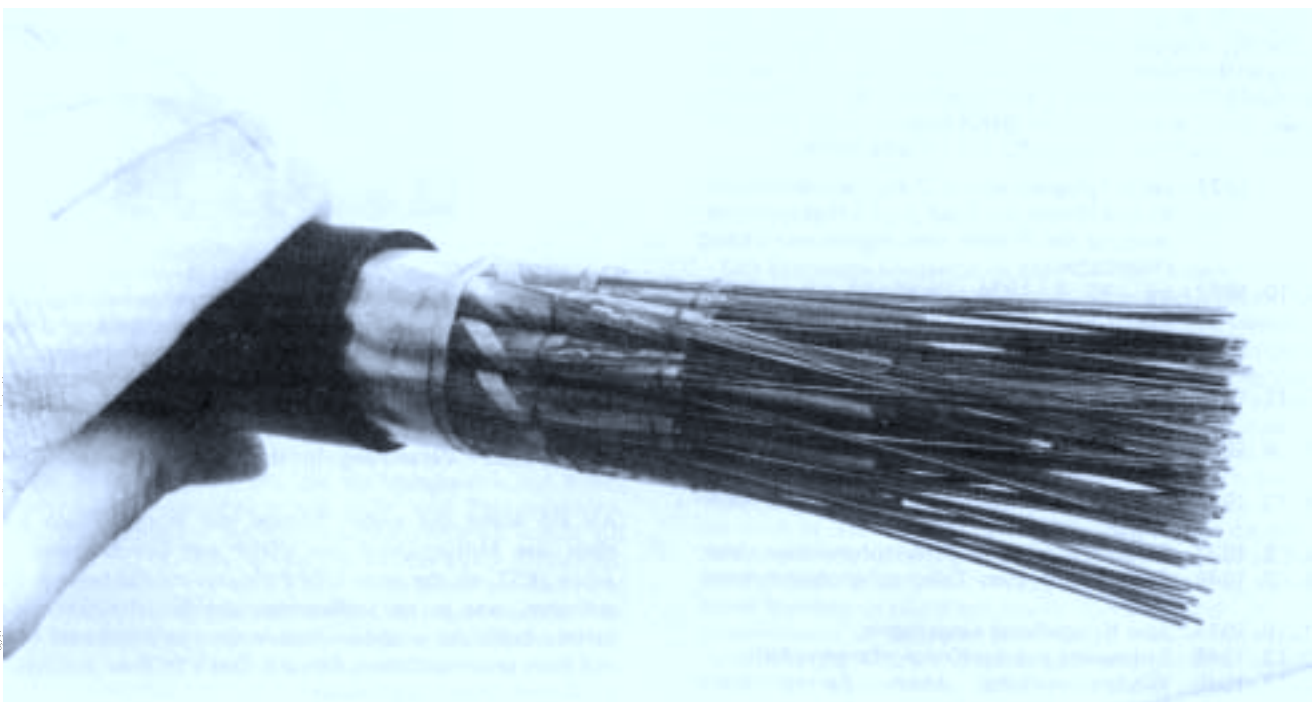
Der Fahrzeugeinsatz in der Maschinenteknik ist bei den FÄ Darmstadt, 3 Frankfurt und Fulda überprüft worden. Grundlage war u. a. die sogenannte 34 % Verfügung, die auch noch keine endgültige Regelung ist. Für eine DSt mit 18 Produktivkräften ist für den gesamten Stellenkopf kein Fahrzeug vorgesehen, da nach einem ApN aus dem Jahr 1967 nur 0,49 % Aufsichtsanteile errechnet worden sind.

Der VDFP sollte sich dafür einsetzen, daß Kürzungen zurückgestellt werden, bis alle DSt einheitlich bemessen sind und alle Auswirkungen klar erkannt werden können.

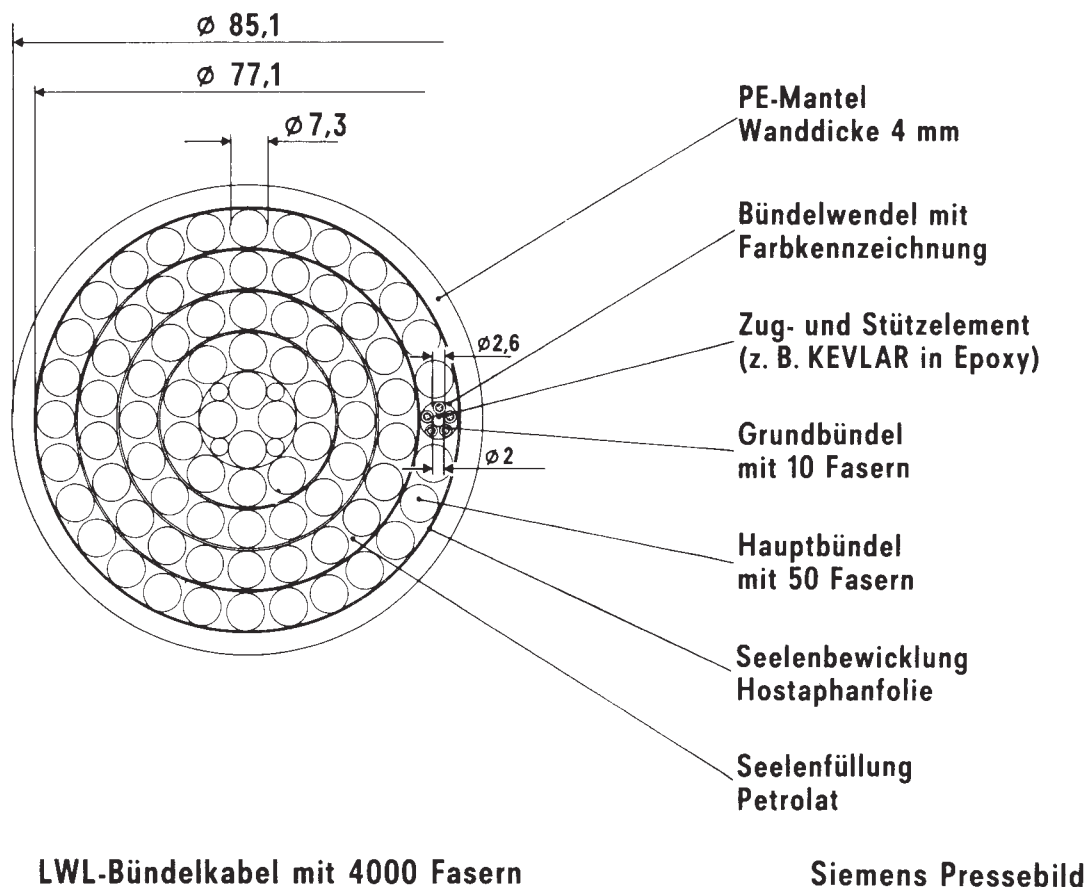
Fuhrmann
Fachausschuß Pt
ⓘ

Mit einem neuen Lichtwellenleiterkabel von Siemens (im Bild ein Muster mit 800 Fasern) erreicht die LWL-Technik in Zukunft den privaten Haushalt. Das modulare Bündelkonzept reicht bis 4000 Fasern, wobei der Außendurch-

messer mit 85 mm jedoch so gering bleibt, daß ein solches LWL-Kabel in den Standardkabelkanälen der Postverwaltungen Platz findet.



Siemens-Pressbild



Wir gratulieren unserem

Ehrenschriftführer Rudolf Klein

zum 80. Geburtstag.

Wir wünschen ihm für viele weitere Jahre bei bester Gesundheit alles Gute, und wir hoffen, daß er uns im Bundesvorstand noch recht lange aktiv erhalten bleibt.

Rudolf Klein, der Verfasser von „100 Jahre mittlerer technischer Dienst“, wurde am 3. Februar 1902 in Danzig geboren. Nach dem Besuch der Volksschule kam er am 1. April 1916 als Amtsbote zur Kaiserlichen Marinewerft in Danzig, erlernte dort ab 1. Oktober 1917 das Feinmechaniker-Handwerk und legte am 10. Januar 1921 vor der Handwerkskammer seine Gesellenprüfung ab. Im Verlaufe seines gewiß ereignisreichen Berufslebens waren die nachstehend aufgeführten Daten die wohl markantesten.

- 3. 2. 1921 beim Telegraphenamts Danzig als Mechaniker in den Dienst der Post- und Telegraphenverwaltung der Freien- und Hansestadt Danzig eingetreten;
- 10. 10. 1922 bis 10. 6. 1924 beurlaubt zur weiteren Fort- und Ausbildung bei den Firmen Siemens & Halske und Frankfurter Telefongesellschaft;
- 10. 12. 1929 Prüfung für den mittleren technischen Dienst abgelegt;
- 1. 4. 1930 Übernahme in das Beamtenverhältnis als Telegraphenmechaniker;
- 1. 12. 1935 planmäßige Anstellung als Telegraphenwerkführer;
- 1. 5. 1937 Beförderung zum Telegraphenwerkmeister;
- 1. 2. 1940 Beförderung zum Telegraphenoberwerkmeister;
- 1. 10. 1944 zum Kriegsdienst eingezogen;
- 20. 12. 1945 Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft;
- 27. 12. 1945 Wiedereinstellung beim Fernsprechamt Braunschweig;
- 1. 12. 1956 Versetzung zum FTZ Darmstadt als technischer Mitarbeiter beim Referat für Planung



und Aufbau von Telegrafvermittlungen, Bildtelegrafie, Verzonungstechnik und Sondernetzen;

- 1. 1. 1959 Beförderung zum Technischen Fernmeldehauptsekretär, damalige Spitzenstellung der BfT-Laufbahn;
- 1. 3. 1967 Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand.

Als ein Mann der ersten Stunde war Rudolf Klein auch einer der Mitbegründer der VDFP auf Bundesebene. Im Jahre 1957, als der erste VDFP-Hauptvorstand seine Arbeit aufnahm, war er als stellvertretender Schriftführer dabei. Seither bekleidet er dieses Amt in ununterbrochener Folge mit stets unermüdlichem Einsatz. Die VDFP ist ihm hierfür zu großem Dank verpflichtet.

Der VDFP-Bundesvorstand
Die Redaktion

Meldungen der Presse

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“

vom 9. März 1982

Beamtenbund fordert Besoldungserhöhungen von sechs Prozent

„Soziale und familiengerechte Komponente“ Anderung des Haushaltsstrukturgesetzes?

ban. BONN, 8. März. Der Deutsche Beamtenbund wird mit einer Forderung von insgesamt sechs Prozent in die anstehenden Beteiligungsgespräche über die Anpassung der Besoldung gehen. Diese Linie beschloß der Bundesvorstand der Organisation, in der knapp 800 000 der 1,7 Millionen Beamten organisiert sind. In der Forderung nach Einkommensverbesserung von sechs Prozent — sie wird zum 1. März erhoben — ist eine „soziale und familiengerechte Komponente“ enthalten, die nach Berechnungen des Beamtenbundes einen halben Prozentpunkt ausmacht. Sie soll den Beamten und Versorgungsempfängern des einfachen und mittleren Dienstes zukommen. Mit der Forderung nach einer linearen Erhöhung der Gehälter um 5,5 Prozent bleibt der Beamtenbund um einen Prozentpunkt unter der Forderung der Gewerkschaft ÖTV, die für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes Ende Februar 6,5 Prozent Erhöhung gefordert hatte. Der Vorsitzende des Beamtenbundes, Krause, begründete am Montag in Bonn die Forderung vor allem mit dem Rückstand der Besoldungsbezüge gegenüber der durchschnittlichen Einkommensentwicklung, der im vergangenen Jahrzehnt etwa acht Prozent ausgemacht habe. Krause nannte im Blick auf diese Zahlen die Forderung der Beamten als in „durchaus vertretbarer Höhe“ liegend. Der Vorstand des Beamtenbundes legte seiner Forderung zugrunde, daß die mit dem Haushaltsstrukturgesetz beschlossene Kürzung der Beamtengehälter um etwa ein Prozent — die der Sache nach durch ein sogenanntes Vorschaltgesetz aufgehoben wurde — nicht verwirklicht werde.

Krause ließ seine Auffassung erkennen, daß dieses Vorschaltgesetz ein erster Schritt sei, die Ein-Prozent-Kürzung auch dem Gesetz nach wieder aufzuheben. Nachdem die ÖTV mehrfach hatte erkennen lassen, daß sie eine von der Bundesregierung angestrebte „Verrechnung“ der Kürzung in den anstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht zulassen werde, scheint man im Beamtenbund nicht mehr mit ihrer Verwirklichung zu rechnen. Man kann dabei auf die Äußerungen mehrerer Koalitionspolitiker verweisen, die einem „Gleichklang“ zwischen Beamten und Tarifbediensteten im öffentlichen Dienst das Wort geredet hatten. Krause legte dar, daß die Forderung des Beamtenbundes nicht „künstlich“ um ein Prozent überhöht worden sei, nur um es dann in Ausführung des Haushaltsstrukturgesetzes wieder zu kürzen. Sollte sich die Linie des Beamtenbundes und der ÖTV durchsetzen, käme auf die Bonner Parlamentarier die Notwendigkeit zu, die Ein-Prozent-Kürzung aus dem erst zu Beginn dieses Jahres verabschiedeten Haushaltsstrukturgesetz wieder herauszunehmen. Dies dürfte bei den Koalitionsfraktionen auf erheblichen Widerstand stoßen, wie die Auseinandersetzungen in dieser Frage im Februar gezeigt hatten.

Der Beamtenbund lehnte in seiner Vorstandssitzung auch die Ausführung des Kabinettsbeschlusses aus dem vergangenen September ab, in dem eine Verschiebung der Besoldungsanpassung um drei Monate nach dem Tarifabschluß niedergelegt ist. Krause machte deutlich, man habe die Forderungen darauf zugeschnitten, daß auch diese Absicht nicht weiterverfolgt werde.

Die Wünsche der Beamten belaufen sich insgesamt auf knapp 13 Milliarden Mark, die als Mehrkosten auf Bund, Länder und Gemeinden sowie Bahn und Post zukämen. Nach Berechnungen der Organisation entfielen davon auf den Bund 2,1 Milliarden, auf die Länder gut 5 Milliarden, auf die Gemeinden etwa 3,5 Milliarden sowie auf Bahn und Post je etwa 1,2 Milliarden Mark. Der Beamtenbund sieht diese Mehrbelastung insofern als tragbar an, als der Personalkostenanteil an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften zwischen 1973 und 1980 zurückgegangen ist (beim Bund von 17,5 Prozent auf 15 Prozent; bei den Ländern von 44 Prozent auf 41,5 Prozent und bei den Gemeinden von 31,4 Prozent auf 30 Prozent).

Mit Genugtuung verweist der Beamtenbund bei Begründung seiner Forderungen auf ein Schreiben des Staatssekretärs im Innenministerium, Hartkopf, an den Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Haubrichs. Darin verteidigte Hartkopf die Beamten gegen den Vorwurf der „Maßlosigkeit“ und legt dar, daß der Bruttolohn der Arbeitnehmer von 100 im Jahr 1970 auf 220 Punkte im Jahr 1980 angestiegen sei, sich dagegen das durchschnittliche Beamtengehalt in diesem Zeitraum nur auf 202 Punkte verbessert habe. Auch geht aus Angaben des Statistischen Bundesamtes hervor, daß die Besoldungserhöhungen in den vergangenen sieben Jahren um durchschnittlich ein Prozent jährlich hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben sind.

In der Sitzung des Bundesvorstandes des Beamtenbundes wurde erregt die Situation des öffentlichen Dienstes über den Besoldungsbereich hinaus beklagt. Nach Ermittlungen des Beamtenbundes, so heißt es in einer Entschließung des Bundesvorstandes, fehlten in der öffentlichen Verwaltung gegenwärtig etwa 100 000 Arbeitskräfte. Im Blick auf die Situation des Arbeitsmarktes hält man es für nötig, daß dieser „Fehlbestand dringend abgebaut“ werde. Der Beamtenbund bezifferte den Mehrbedarf an Stellen für die Steuerverwaltung auf 25 000, für die innere Sicherheit auf etwa 8000, für das öffentliche Gesundheitswesen auf 5000 und für Schulen und Hochschulen auf etwa 50 000. Deswegen, so errechnete man, seien allein im Polizei- und Justizvollzugsdienst von Nordrhein-Westfalen im Jahr 1981 etwa 4,4 Millionen Übungsstunden geleistet worden, bei der Bundespost sogar 5,2 Millionen Stunden.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“

vom 9. März 1982

Belastungen wegen der Treuepflicht

Die Neuregelung des Beamtenrechts verzögert sich

ban. BONN, 8. März. Der von Innenminister Baum mehrfach angekündigte, jedoch in seinem Haus noch nicht fertiggestellte Gesetzentwurf, der die Treuepflicht der Beamten je nach ihrer Aufgabenstellung differenzieren soll, führt zu Belastungen der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinnenministerium und dem seiner Weisung unterstellten Bundesdisziplinaranwalt sowie zu Unruhe zwischen dem Innenministerium und dem Postministerium. Dieses dringt im Blick auf anstehende Verfahren auf eine zügige Fertigstellung und parlamentarische Verabschiedung des Gesetzesvorhabens. Bundesdisziplinaranwalt Claussen bat unlängst im Postministerium um die Bestätigung von Hinweisen an seine Behörde, daß vorliegende Verfahren „hinhaltend zu bearbeiten“ seien. Darunter ist auch das Disziplinarverfahren gegen den technischen Fernmeldeamtman Hans Meister, der als Kandidat der DKP für Gemeinderatswahlen und die vergangene Bundestagswahl kandidiert hatte. In Bonn liegen Hinweise vor, daß Mitarbeiter des Bundesdisziplinaranwaltes in Gesprächen im Innenministerium unter Verweis auf die von Baum gewünschte gesetzliche Neuregelung aufgefordert wurden, ihrer Tätigkeit zurückhaltend nachzugehen.

Das Schreiben Claussens an das Postministerium, in dessen Bereich die betroffenen Beamten tätig sind, führte noch im Februar zu einer brieflichen Bitte des Staatssekretärs Elias an das Innenministerium, auf den Bundesdisziplinaranwalt in dem Sinne einzuwirken, daß er in der gegenwärtigen Situation auf „Aktivitäten“ verzichten solle. Es sei unverständlich, heißt es in dem Schreiben, daß dies dem Innenministerium bisher nicht gelungen sei. Dieser Zustand erschwere auch die Arbeit der im Bereich der Post tätigen Untersuchungsführer. Claussen hatte dem Postminister in der Sache Meister mitgeteilt, daß er die Untersuchungen nach Vorliegen der Urteilsgründe im Fall Peter fortzuführen gedenke. Er beantragte dies Anfang Februar beim Bundesdisziplinargericht. In dem Schreiben des Postministeriums an das Innenministerium wird versucht, klarzustellen, daß die von Claussen gewünschten Schritte nicht nach einer persönlichen Entscheidung des Untersuchungsführers unterblieben seien, sondern mit Rücksicht auf das Gesetzesvorhaben des Bundesinnenministers.

Wichtiger Hinweis

Aufsteiger nach der BLV § 29

Die im Jahr 1981 zum Aufstieg zur besonderen Verwendung zugelassenen Kollegen beginnen ihre Ausbildungszeit, nach der Amtsblatt Vfg 964 von 1981, zum 1. April 1982.

Die Festlegung zur Einberufung der Lehrgänge unterliegt der Zuständigkeit der Ausbildungs OPDn. Wir verweisen in diesem Zusammenhang noch einmal auf die oben genannte Verfügung.



Erdefunkstelle Raisting im Winter

(Siemens-Pressbild)

Fakten zur Personaleinsparung

Der Bundesrechnungshof hat in einer mehrseitigen Untersuchung festgestellt, daß bei den Fachbereichen F + Ft 16.800 Dp, wegen zu großzügigen Bemessungsansätzen, abzubauen sind. Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes sind insbesondere überhöhte Zuschläge für Pausen und persönliche Verteilzeiten angesetzt worden.

Demgegenüber hat das BPM für das Jahr 1982 einen Personalmehrbedarf von 14.000 Dp ermittelt. Diese 14.000 Kräfte setzen sich wie folgt zusammen:

4.800	PVQ (von den Ämtern geschätzt ohne Bemessungsgrundlage)
3.650	Prognose BPM / OPD (geschätzt ohne Bemessungsgrundlage)
5.500	Zugänge aufgrund von Bemessungswerten

13.950	Kräfte

Die nunmehr genehmigte Vermehrung des Kräftebedarfs um 6.000 bleibt demnach weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück.

Anschrift

Jede Neuerung stärkt unsere Position

Beitrittserklärungen können bei den Bezirksvorständen oder beim Arbeitskreis Werbung und Information angefordert werden.



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 2 / 1982

17. Jahrgang

Abbau des Beamtenstatus bei der DBP

Das gleiche Problem – auf anderer Ebene

Seite 2

Bezirksvorstandstreffen der VDFP in Fulda

Seite 3

Berufserwartung der Laufbahn Pt

Seite 4

Aus den Bezirken: Rheinland, Südbaden, Dortmund, Berlin

Seite 7

Koordinatoren der Arbeitsgruppen der VDFP

Seite 9

**Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:
15. 8. 1982**



Mit „elektronischen“ Tönen läßt sich das Klingeln des Telefons individuell variieren. Siemens bietet hierfür eine Tonquelle aus Piezokeramik (runde Scheibe im Vordergrund), die von einer integrierten Schaltung (im kleinen Gehäuse darüber) gesteuert wird.

Siemens-Pressbild

Abbau des Beamtenstatus bei der Deutschen Bundespost

liche und finanzielle Entwicklung durch Orientierung an ein unabhängiges Sachverständigen Gutachten.



W. N.

Der fernmeldetechnische Dienst bei der Deutschen Bundespost unterhält eines der größten und modernsten Nachrichtennetze der Welt. Diese Technik nimmt eine Schlüsselposition in Gesellschaft und Wirtschaft unseres Staates ein. Innerhalb der DBP fällt gerade den ca. 40.000 Beamten des mittleren technischen Dienstes eine besondere sicherheitsempfindliche (Streik) und damit hoheitliche Aufgabe zu.

Seit 1972, mit Inkrafttreten des 1. Bes VNG, hat sich die Personalsituation im mittleren technischen Dienst so verschlechtert, daß sich heute nur noch ca. 10 % der laufbahngeprüften Tarifkräfte ins Beamtenverhältnis übernehmen lassen.

Der Anteil von Tarifkräften auf Dp des mittl. techn. Dienstes im Bereich eines Fernmeldeamtes im Bezirk der Oberpostdirektion Bremen beträgt z. Z. 28,6 % und wird weiter sehr schnell steigen.

Diese Entwicklung – die Ablehnung der laufbahngeprüften Tarifkräfte, sich in das Beamtenverhältnis übernehmen zu lassen – ist auf die erhebliche finanzielle Benachteiligung der Beamten zurückzuführen.

Ein Beispiel:

Ein 30jähriger Beschäftigter, verh., 2 Kinder, die Ehefrau arbeitet nicht, Stkl III/2 ohne VL und ohne KSt. Es wird eine 14jährige Postdienstzeit und 5jährige Entlohnung entsprechend der Bewertung A 5/6 zugrundegelegt.

Ang Lebensaltergrundvergütung (LAGV) entsprechend eines 47jährigen (Besitzstandwahrung)

brutto	netto
DM 3.068,04	DM 2.190,14

Arb LGr Ia + 3,3 % + 10 %, Dienstzeitstufe 8 auf Dp A 7

brutto	netto
DM 3.140,92	DM 2.236,21

Bea A 7, Dienstaltersstufe 5

brutto	netto
DM 2.403,90	DM 2.015,40

Neben diesen Einkommensunterschieden kann die (nach 15 Jahren Postdienstzeit unkündbar) Tarifkraft zusätzlich monatlich mit durchschnittlich DM 240,- netto (steuerfrei) an Zulagen rechnen. (Erschwerniszulage, Schmutzzulage, Lötzulage, Zulage für Arbeiten mit giftigen Stoffen usw.)

Die Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz hat Unzuträglichkeiten, Unruhe und Unzufriedenheit zur Folge, so daß jetzt von Angestellten und Beamten mehr und mehr Interesse für einen Statuswechsel gezeigt wird.

● Sie sind doch auch der Auffassung, daß ein besseres Dienstrecht im öffentlichen Dienst zur wirksamen Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen auch für Beamte, nur über die Änderung des Grundgesetzes möglich ist.

● Die Verwaltung muß sich darüber im Klaren sein, daß bei dem jetzigen Stand von 28,6 % Tarifkräften auf Dienstposten BfT in einem Amtsbereich der Funktionsvorbehalt nach Art 33 GG nicht gewahrt ist und die zuverlässige und ununterbrochene Erfüllung der öffentlichen Aufgaben bei Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst in Frage gestellt ist.

● Wir fordern mit Nachdruck ein einheitliches Bewertungsverfahren, funktionsgerechte Besoldung und die laufende Anpassung der Besoldung an die allgemeine wirtschaft-

Das gleiche Problem – auf anderer Ebene

Was nutzt der technische Fortschritt, wenn seine Entwicklung und Einführung durch veraltete Verwaltungsfloskeln und unbewegliche Paragrafenhüter gehemmt wird.

Kardiotechniker wollen staatliche Anerkennung

Internationale Tagung in der Universität

mms. – Seit den 50er Jahren steigt die Zahl der Herzoperationen in der Bundesrepublik ständig. Mit ihr die der Herzchirurgen und des speziell geschulten Hilfspersonals in den Operationssälen. Ein Eingriff am offenen Herzen, das heißt mit Einsatz der Herz-Lungen-Maschine, hängt derzeit von mindestens drei Chirurgen, einem Anästhesisten sowie von zwei Kardiotechnikern ab, die während des Eingriffs verschiedene Geräte steuern und die Maschine überwachen, die kurzfristig die Funktionen des Herzens übernimmt.

Verteilt auf 23 Herzzentren, gibt es derzeit 120 Kardiotechniker in der Bundesrepublik. „Eine verschwindend geringe Zahl“, meint Horst Gehle, Vorsitzender des Verbandes der Kardiotechniker Deutschlands – „leider genau wie die der Herzkranken viel zu gering, um politisch relevant zu sein!“

Grund seiner Klage: Trotz der hohen Verantwortung ist der Kardiotechniker kein staatlich anerkannter Beruf, wartet nach wie vor auf eine bundesweit einheitliche Ausbildung ebenso wie auf tarifliche Eingruppierung im Bereich der medizinisch-technischen Berufe. Die Durchsetzung dieser Ziele ist eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes, der jetzt seine 11. Internationale Fortbildungs- und Arbeitstagung in der Frankfurter Universitätsklinik abhielt.

Als neuer hochqualifizierter Berufsstand wollen die Kardiotechniker vor allem ihre Ausbildung in übersichtliche Bahnen lenken. Derzeit kommt der Nachwuchs aus dem technischen ebenso wie aus dem Bereich der Krankenpflege und wird in zweijähriger praktischer Arbeit im Krankenhaus angelernt. Eine feststrukturierte Berufsausbildung gibt es nicht, lediglich Fortbildungskurse und regionale Arbeitstagungen. Um wenigstens diese künftig fester zu umreißen und unter ein Dach zu bekommen, wird derzeit an der Universitätsklinik Berlin eine Ausbildungsstätte in etwa eintausend Unterrichtsstunden eingerichtet, an der Kardiotechnikern theoretisches Fachwissen neben der praktischen Arbeit vermittelt werden soll. Im Herbst beginnt der erste Kurs mit rund 20 Teilnehmern.

Das Aufgabengebiet des Kardiotechnikers ist heute, so Gehle, „derart kompliziert, daß kein Arzt mehr, wie in den Anfängen der Herzchirurgie, die hochempfindlichen Geräte selbst bedienen könnte“. Wie umfassend der Bereich mittlerweile ist, ließ sich am Umfang der während der Tagung in der Uniklinik ausgestellten Geräte ermesen. Von der Herz-Lungen-Maschine über Oxygeneratoren (Beatmungsmaschinen), verschiedene Katheter und Herzklappen aus Metall



Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Volmerswertherstr. 29, 4040 Neuss 1, Telefon privat 02101 / 35550; Waldemar Hörle, Gerhard-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt/M. 50, Telefon 0611 / 571655, dienstl. 06195 / 4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

oder biologischen Kalbsorganen hatten zwei Dutzend in- und ausländische Hersteller und Vertriebsfirmen alle Neuigkeiten ausgestellt, die es auf dem zunehmenden Markt der Herzchirurgie gibt.

Dem Laien wird angesichts eines solchen Aufgebots deutlich, aus welchen Kosten sich die durchschnittlich acht- bis 14.000 Mark pro Herzoperation zusammensetzten. Nach Professor Dr. Satter, Leiter der Abteilung Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie an der Universitätsklinik Frankfurt und Schirmherr der Kardiotechniker-Tagung, ist die Sterblichkeitsrate bei Herzoperationen „dank technischen Fortschritts und ärztlichen Könnens“ von 10 bis 15 Prozent Mitte der siebziger Jahre auf zwei bis drei Prozent im Jahr 1981 gesunken. Die Möglichkeiten der Herzchirurgie in der Bundesrepublik, so Professor Satter, brauchen den Vergleich mit den Vereinigten Staaten heute nicht mehr zu scheuen.

„Ein Grund mehr“, meint Verbands-Vorsitzender Horst Gehle, „daß Bonn die wichtige Arbeit der Kardiotechniker endlich anerkennt.“

FNP 25. 05. 1982

Für Anerkennung als Techniker und eine humanere Arbeitswelt

Landesvorsitzende der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker tagten in Fulda

F u l d a (mlr). Gegen die zunehmende Rationalisierung im Bereich des Fernmeldewesens wehrt sich die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP), deren Bezirksvorsitzende sich jetzt zu einer zweitägigen Konferenz in Fulda trafen. Wie der Vorsitzende des Bezirkes Hessen, Josef Rieger, in seiner Begrüßungsansprache vor den rund 45 Delegierten aus 17 Bezirksvereinigungen aus dem gesamten Bundesgebiet erklärte, bedeute Rationalisierung in erster Linie die Vernichtung von Arbeitsplätzen und eine noch höhere Arbeitslosenzahl. Gleichzeitig bringe sie der Verwaltung zusätzlichen Gewinn, den man jetzt verschleiern wolle, indem man plane, die Kraftfahrstellen der Postämter, die natürlich defizitär seien, organisatorisch den Fernmeldeämtern zuzuordnen. Dies schaffe weder dem Kunden noch dem Mitarbeiter Vorteile, erklärte Rieger, und daher seien die Post- und Fernmeldetechniker nicht bereit, ständig noch mehr zu leisten, um damit den Bundeshaushalt zu sanieren.

Vielmehr fordere die VDFP seit Jahren, die Ausbildung der Fernmeldetechniker den ständig wachsenden Anforderungen durch die neue Elektronik anzupassen. Überall würden neue Übertragungssysteme eingeschaltet, elektronische Fernschreiber und -kopierer überschwemmten den Markt ebenso wie elektronische Nebenstellenanlagen und eine Vielzahl von Teilnehmereinrichtungen.

Die Einweisung und Fortbildung des Personals, das diese Geräte betreiben müsse, bleiben dabei jedoch auf der Strecke. Man gehe sogar soweit, die Unterrichtszeiten bei den Dienststellen noch zu kürzen.

Für humanere Arbeitswelt

Rieger rief die Delegierten dazu auf, sich für die Erhaltung aller Arbeitsplätze und eine humanere Arbeitswelt sowie eine bessere Ausbildung einzusetzen.

Beispielsweise, so erläuterten Vertreter der VDFP auf einer Pressekonferenz, wolle die Post für Fernmeldeeinrichtungen jetzt nur noch vollklimatisierte, fensterlose Räume bauen. Was dies für die Menschen bedeute, die den gesamten Arbeitstag dort verbringen müßten, könne jeder selbst ermesen. Nach Ansicht der VDFP muß die Deutsche Bundespost auf Grund dieser gesundheitlichen Belastung die Arbeitszeit für die Betroffenen verkürzen.

Technikerlaufbahn einführen

Weiter engagiert sich die VDFP seit Jahren für die Einführung einer „Technikerlaufbahn“. Die Vereinigung fordert eine Laufbahnneuordnung, da das derzeitige System ihrer Meinung nach den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Neue Technologien forderten Höchstlei-

stungen von den Angehörigen des mittleren technischen Dienstes, honoriert werde dieser Einsatz jedoch nicht.

Abhilfe wäre nach Ansicht der VDFP leicht zu schaffen. Verändere man die Prüfung, die am Ende der Ausbildung zum Fernmeldetechniker stehe, so könne man den Absolventen ein allgemein gültiges Zeugnis als „staatlich geprüfte Nachrichtentechniker“ ausstellen, mit dem sie auch in der freien Wirtschaft Stellen finden könnten. Die bisherige Prüfung gelte demgegenüber nur im Bereich der Bundespost.

Älteste Berufsgruppenvertretung

Auf der Tagung in Fulda, zu deren Eröffnung der Vorsteher des Fernmeldeamtes Fulda, Dipl.-Ing. Arthur Böhles, ein Grußwort sprach und die Bedeutung des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost würdigte, erinnerte Bundesvorsitzender Karl Fischer (Frankfurt) daran, daß die VDFP durch ihr 100jähriges Bestehen die älteste Berufsgruppenvertretung bei der Deutschen Bundespost sei.

Bundesweit zählt die VDFP, in der Fernmelde- und Posttechniker aus dem mittleren technischen Dienst organisiert sind, rund 10 000 Mitglieder. Die Vereinigung, die sich nicht als Gewerkschaft, sondern als Standesorganisation versteht, engagiert sich vor allem für Laufbahn-, Ausbildungs- und Rationalisierungsfragen.

Beim Bezirksvorsitzendentreffen, das in jedem Jahr von einer anderen Landesvereinigung ausgerichtet wird, legen die Delegierten die Ziele der Arbeit für das kommende Jahr fest und diskutieren spezifische Probleme bestimmter Regionen.



v.l.n.r.: VDFP-Bez.-Vorsitzender J. Rieger; Bürgermeister der Stadt Fulda v. Putendorf, VDFP-Bundesvorsitzender K. Fischer

Fuldaer Zeitung / Hünfelder Zeitung
Samstag, 15. Mai 1982 / Nr. 112 –

Gedanken zur Arbeitstagung der VDFP-Bezirksvorstände in Fulda

Viele und tiefgreifende Probleme der mittleren technischen Laufbahn der DBP wurden bei der Arbeitstagung der VDFP Bezirksvorstände aufgegriffen.

Eine gute und gesicherte Zukunft der DBP einerseits und eine ebenso sichere Zukunft des mittleren technischen Dienstes andererseits, sind die Grundgedanken der VDFP. In allen Beiträgen der Tagung – mit oft harten Diskussionen – kam dieser Gedanke immer wieder zum Durchbruch, wobei auch die Bereitschaft sich maßstabsgerecht dem allgemeinen Trend der Zeit anzupassen, erkennbar war.

Leider zeigt es sich immer deutlicher, daß der mittlere technische Dienst, die einzigste noch funktionierende Produktionsstätte des Fernmeldedienstes und der DBP überhaupt, immer mehr zum Zahlmeister der Nation umfunktioni-ert wird. Die ausführenden Kräfte werden dabei weniger bedacht. Es erweckt den Anschein, daß ein vorgegebenes finanzielles Leistungssoll erfüllt werden muß, um andere

defizitäre Verwaltungen zu stützen. Mit „vollautomatisierten“ Rationalisierungsmethoden wird dabei der mittlere technische Dienst immer mehr vermarktet. Auf Grund von raffiniert ausgeklügelten Statistiken – man kann damit immer nachweisen, was man will, oder „nicht will“ – wird immer wieder bewiesen, daß die Leistungskraft noch lange nicht voll ausgeschöpft ist.

Wie hoch die Leistungskraft des mittleren technischen Dienstes eingeschätzt wird, zeigt eine der jüngsten Verfügungen, mit der die betrieblich-fachliche Fortbildung gestrichen, um genauer zu sein, auf das unerläßliche Maß reduziert wird.

Man muß schon über gute Techniker verfügen, um sich erlauben zu können bei dem herrschenden Überangebot neuer Techniken die Fortbildung derart zu kürzen. Mit der Zukunft der DBP sieht es dann aber gar nicht so rosig aus, bei ihr fehlen ja diese Techniker – wie das Fehlen der Technikerlaufbahn beweist.

Wie lange noch, so muß man sich fragen, will die DBP den Fortschritt der Technik dadurch ignorieren, daß sie die

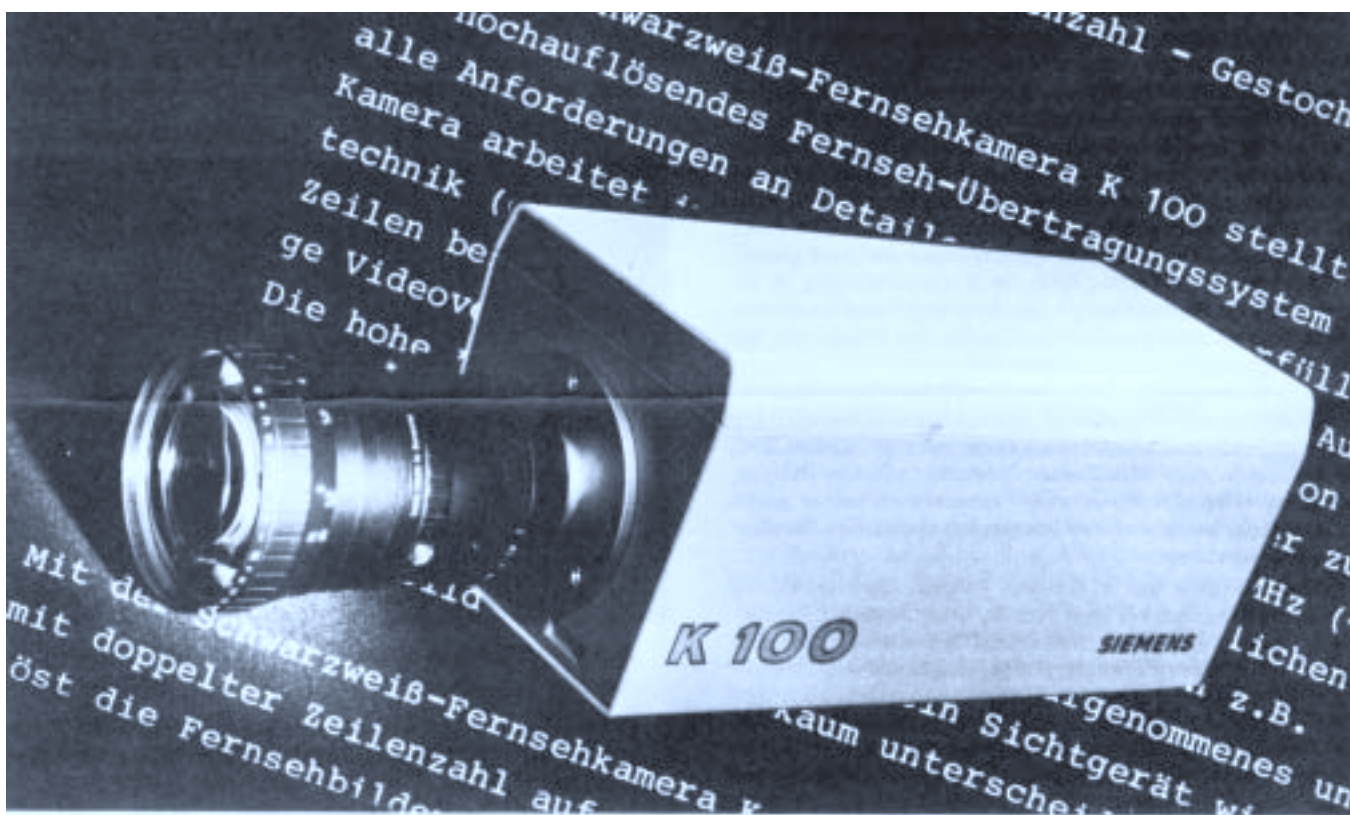
ebenfalls fortgeschrittenen Anforderungen zur Aufrechterhaltung ihres Fernmeldebetriebes durch „Fortgebildet Handwerker“ ausführen läßt. Der von der Bundespost betriebene technische Aufwand – gegeben durch die Zwänge mit den ausländischen Angeboten Schritt zu halten – zwingt die Post auch eines Tages offen zuzugeben, daß hier echte Techniker am Werke sind. Der Einführung der Technikerlaufbahn kann sie sich dann aber nicht mehr widersetzen.

Das Ganze ist eine Frage der Zeit und der sozialen Verpflichtung des Dienstherrn. Aber auch eine politische Entscheidung von hoher Verantwortung gegenüber dem ganzen Volk.

*Die Zeit ist ein mächtiger Bundesgenosse,
für den, der auf Seiten der Vernunft und des Fortschritts ist.*

(C. Benso di Cavour,

W. Hö



Hochauflösendes Schwarzweiß-Fernseh-Übertragungssystem von Siemens, das alle Anforderungen an Detailerkennbarkeit erfüllt. Die Kamera arbeitet mit 1049 Zeilen bei 50 Hz. Der zugehörige Videoverstärker hat eine Bandbreite von 25 MHz. Die Bildschärfe ist so gut, daß sich das übertragene Bild vom Original kaum unterscheidet.

Siemens-Pressbild

Berufserwartung der Laufbahn Pt

Im Rahmen der Arbeitstagung Pt wurde die Berufserwartung und die zukünftige Entwicklung der gesamten Laufbahn Pt erörtert.

Das Problem in der Laufbahn entstand aus einer restlos überholten Aufgabenabgrenzung und einer unzureichenden Bewertung, ohne auf die Aufgaben und Verantwortung der Kräfte einzugehen. Auf diese Problematik hinzuweisen, in Verbindung mit anderen Verbänden eine gemeinsame Linie zu bilden, im ständigen Dialog Ansätze zu schaffen und positive Entwicklungstendenzen zu sehen und auch anerkennen, ist die Aufgabe des Arbeitskreises Pt.

Personalbemessung

In dem Punkt Bemessung wurde 1981 für den Bereich Betriebs-Haustechnik eine Probestimmung durchgeführt, allerdings mit der Zuhilfenahme bereits bestehender Erhebungsbögen, in der wichtige Teile fehlen und nicht berücksichtigt wurden. In der Bemessung ähnliche Praktiken einfließen zu lassen – wie im Fernmeldewesen – ist ein erstrebenswerter Punkt.

Dienstpostenbewertung

Die Kollegen der Arbeitsgruppe Pt sind mit den Nachbewertungen vom Januar 1981 alles andere als zufrieden.

Aufgrund einer neuen Schlüsselneubewertung erhoffen wir uns die Möglichkeiten zur Nachbewertung in den Besoldungsgruppen. Das Problem von 34 % Aufsichtsanteilen ist eine provisorische Lösung, die einer Korrektur bedarf. Die derzeitige Aufschlüsselung trägt den herausgehobenen Aufgaben der bisherigen TätNr 7203 und 7204 nicht mehr Rechnung. Eine Verbesserung der Bewertungsschlüssel mit folgender Aufteilung A 5/6 : A 7 : A 8 = 30 : 50 : 20 wäre eine Diskussionsgrundlage und die Wertigkeit der von den Kollegen geleisteten Arbeit berücksichtigt. Abbewertungen im Bereich der Pt Laufbahn sehen wir sehr kritisch entgegen und hoffen auf Verständnis seitens der Verwaltung, von diesem Vorhaben abzusehen.

Berufsbild / Technikerlaufbahn

Zwecks Erreichung eines anerkannten Technikerabschlusses im Bereich der DBP sollte zunächst das leidige Wort „Fortbildung“ umgewandelt werden in „Weiterbildung“, mit dem Ziel, das letztendlich für den Einstieg bzw. Aufstieg in den mittleren technischen Dienst eine den staatlichen Technikerschulen vergleichbare Unterrichts- bzw. Ausbildungsstundenzahl angestrebt wird.

Hierzu muß deutlich herausgestellt werden, daß bereits schon heute viele Kollegen unserer Laufbahn mit ihrer

Ausbildungszeit, den während der Zeit der Laufbahnzugehörigkeit durchlaufenden Fortbildungslehrgängen und etlichen, auf Privatinitiative zurückgehende Weiterbildungsmaßnahmen ohnehin eine zumindest annähernde Unterrichtsstundenzahl im Pflichtfachbereich – vergleichbar den Fachschulen für Technik – nachweisen können.

Hier wird noch an Modellbeispielen gearbeitet.

Erfolgen nach Einführung eines vergleichbaren Technikerabschlusses und nach der Übernahme derjenigen Kollegen, die die geforderte Unterrichtsstundenzahl erreicht oder sogar überschritten haben, besondere betrieblich bedingte technische Neuerungen, so könnte man hier – aber nur hier – von Fortbildung in Form von Werksunterweisungen, Nachunterrichtungen über laufbahn betreffende Sachfragen, sprechen.

Im Laufbahngefüge wäre die Technikerlaufbahn zwischen dem derzeitigen mittleren und dem gehobenen technischen Dienst einzuordnen (BesGr. A 8 – A 11).

Vor dem Hintergrund der Einsparungstendenzen, ist uns die Problematik bewußt und wir versuchen, unsere langjährigen Forderungen stetig und stets in angepaßter Form zu vertreten.

Haas, Arbeitskr. Pt

Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1490
23. 3. 82
Sachgebiet 900

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeffermann, Neuhaus, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dr. Dollinger, Linsmeier, Lintner, Weirich, Milz, Biehle, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Riedl (München), Bühler (Bruchsal), Dr. Kunz (Weiden), Hinsen, Dr. Friedmann, Gerlach (Obernai) und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 9/1414 –

Personalentwicklung bei der Deutschen Bundespost

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900 – 1 B 1114 – 9/2 – hat mit Schreiben vom 22. März 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Der Bundespostminister hat am 28. September 1981 zu den von Jahr zu Jahr steigenden Personalzahlen bei insgesamt stagnierendem Verkehrsangebot im Postwesen gesagt: „Diese unlogische und unternehmenspolitisch unertragliche Entwicklung muß umgehend gestoppt werden.“

In welchen Dienstbereichen soll nun durch welche konkreten Maßnahmen das Prinzip des wirtschaftlichsten Personaleinsatzes mit mehr Nachdruck durchgesetzt werden?

Das Prinzip des wirtschaftlichen Personaleinsatzes kann nicht auf einzelne Bereiche beschränkt werden; es gilt für alle Dienststellen gleichermaßen.

Dazu sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Straffung der betrieblichen Organisation,
- beschleunigte Aktualisierung von Bemessungswerten,
- genauere Verkehrsmengenermittlung.

2. Wie viele Kräfte waren bei den Postämtern 1960, 1970 und 1980 im Verwaltungsdienst wie in Amts- und Betriebsleitung, freigestellten Personalräten nebst Sekretarinnen, Organisation, Betriebs- und Personalwesen, Beratungs- und Berufsbildungswesen, Hausverwaltung und -technik tätig (wobei die fortgefallenen Dienste zu eliminieren sind)?

Die Personalstatistiken der Deutschen Bundespost unterscheiden nicht nach Einsatz im Verwaltungsdienst einerseits und Betriebs-

dienst andererseits, da derartige Abgrenzungen nicht eindeutig definiert werden können.

Der Begriff „Verwaltungsdienst“ wird zwar in der Fragestellung erläutert. Dennoch läßt sich die Zahl der in den genannten Bereichen eingesetzten Kräfte nicht aus vorhandenen Statistiken ermitteln, da insbesondere bei mittleren und kleinen Postämtern in großem Umfang gemischte Dienstposten eingerichtet sind, d.h. die Kräfte können sowohl in der „Verwaltung“ als auch im „Betrieb“ tätig sein; in der Personalstatistik sind sie nach dem überwiegenden Anteil ausgewiesen. Bei Vertreterkräften ist eine eindeutige Zuordnung überhaupt nicht möglich, weil sie je nach dem durch die Personalausfälle entstehenden Bedarf sowohl in der „Verwaltung“ als auch im „Betrieb“ eingesetzt werden.

Die Frage könnte daher allenfalls für den aktuellen Stand, jedoch nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand für eine Abfrage bei allen Postämtern beantwortet werden; für die Vergangenheit wäre auch eine solche Abfrage unmöglich.

3. Wie viele Beschäftigte waren anteilmäßig für den Postbereich bei
 - den Mittelbehörden einschließlich aller Sonderstellen und
 - dem BPM 1960, 1970 und 1980 tätig?

Eine anteilmäßige Aufteilung der in den Mittelbehörden einschließlich Sonderstellen und im BPM tätigen Beschäftigten auf den Postbereich ist nicht möglich.

Das sei an folgenden Beispielen erläutert:

- Die Sonderstellen bei den Oberpostdirektionen, z.B. Besoldungskasse, Krankenkassen usw. betreuen ebenfalls sämtliche Kräfte ohne Unterscheidung nach deren Einsatz in den einzelnen Dienstzweigen.
- Entsprechendes gilt für die Querschnitts-Abteilungen und die Zentralabteilung des Bundespostministeriums.
- Die Sonderstellen bei den Oberpostdirektionen, z.B. Besoldungskasse, Krankenkassen usw. betreuen ebenfalls sämtliche Kräfte ohne Unterscheidung nach deren Einsatz in den einzelnen Dienstzweigen.

Für Kostenberechnungen werden die Beschäftigten bei Mittelbehörden und Postministerium nach rechnerischen Schlüsseln auf die Dienstzweige aufgeteilt. Für den gesamten Postbereich (einschließlich der Ämter) ergaben sich

	Arbeitskräfte	Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte
1970	267 200	65 v. H.
1980	268 100	60 v. H.

Eine Aufschlüsselung im Sinne der Fragestellung wäre – mit einem unvertretbar hohen manuellen Rechenaufwand – lediglich für die letzten vier Jahre möglich.

Als Hinweis für die tendenzielle Entwicklung könnte allenfalls der Personalbedarf in den Abteilungen 1 (Postwesen) der Oberpostdirektionen dienen. Die dort eingesetzten Kräfte nehmen überwiegend Aufgaben für das Postwesen (einschließlich Bankdienste) wahr:

	Arbeitsposten in den Abteilungen 1 der Oberpostdirektionen	Anteil am Gesamtbedarf der Oberpostdirektionen
1975	1 589	9,2 v. H.
1980	1 453	8,7 v. H.

4. Wie stellt sich ein Indexvergleich zwischen der Anzahl der unter 2. und 3. angeführten Kräfte im Postbereich und der Verkehrsentwicklung für 1970 und 1980
- unter Berücksichtigung der fortgefallenen Dienste.
 - ohne Berücksichtigung der fortgefallenen Dienste,
- wenn man als Basis 1960 gleich 100 setzt?

Aus den zu Frage 2. und 3. genannten Gründen können die gewünschten Index-Zahlen nicht geliefert werden.

5. Hat der Bundespostminister seine am 28. September 1981 vor den Präsidenten vertretene Auffassung u. a. im Personalhaushalt der Deutschen Bundespost für 1982 durchsetzen können und wenn nein, warum nicht?

Ja, denn durch den Personalhaushalt 1982 ist eine deutliche Markierung zu einer Trendwende in der personalwirtschaftlichen Entwicklung bei der Deutschen Bundespost erreicht worden.

6. Trifft die Äußerung des Bundespostministers zu, wonach „es politisch untragbar wäre, wenn die Deutsche Bundespost im Personalbereich ständig weiterwachsen würde, während alle übrigen Bundesverwaltungen, die durchaus auch auf wachsende Aufgaben und Verkehrsmengen verweisen können, im Personalbestand verringert würden“, und wie will er diesem Umstand Rechnung tragen?

Die Deutsche Bundespost ist bestrebt, wie alle übrigen Bundesverwaltungen einen Beitrag zur Begrenzung öffentlicher Ausgaben zu leisten. Die Anstrengungen der Deutschen Bundespost sind darauf gerichtet, durch ständige Verbesserung der organisatorischen Randbedingungen den Personalanstieg zu begrenzen. Diese Bemühungen sind in der Sitzung des Verwaltungsrates am 25. Februar 1982 auch vom Bundesrechnungshof anerkannt worden.

7. Wie viele Kräfte werden bei der Deutschen Bundespost im einzelnen durch Ausfallzeiten wie Urlaub, Krankheit, Kur, Sonderurlaub für gewerkschaftliche und staatspolitische Zwecke oder Fortbildung usw. gebunden, und sind hier Veränderungen vorgesehen?

Bei der Deutschen Bundespost werden ca. 85 300 Kräfte für die Vertretung von Arbeitskräften eingesetzt, die sich in Urlaub befinden, die erkrankt sind, die fortgebildet werden usw.

Davon entfallen

- ca. 43 500 Vertreterseinheiten (VE) auf Erholungsurlaub,
- ca. 28 000 VE auf Krankheit,
- ca. 5 300 VE auf Fortbildung und
- ca. 8 500 VE auf sonstige Zwecke.

In dem o. a. Anteil für „sonstige Zwecke“ sind ca. 370 VE für gewerkschaftliche und staatspolitische Zwecke enthalten. Die VE

für in Kur befindliche Kräfte sind ebenfalls in dem o. a. Anteil für „sonstige Zwecke“ enthalten, werden aber nicht gesondert zu einem Bundesergebnis verdichtet.

Korrekturen sind notwendig bzw. möglich, falls sich der gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegte Urlaubsanspruch bzw. der Umfang der Erkrankungen verändert oder falls sich die Personalausfälle aufgrund neuer gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen (z. B. Rechtsverordnung über Freischichtenregelung für Beamte) verändern.

Im übrigen wurde der Umfang der betrieblichen Fortbildung festgeschrieben.

8. Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch der Anteil der unter 7. genannten Ausfallzeiten an den Beschäftigten in der übrigen Wirtschaft ist?

Die Bundesregierung kann Angaben über das Ausfallverhalten in der übrigen Wirtschaft nicht machen, da es eine amtliche Statistik darüber nicht gibt.

Soweit in einzelnen Betrieben von Wirtschaftsunternehmen derartige Statistiken geführt werden, sind sie wegen der Unterschiede in der statistischen Basis, den Erhebungsmethoden und den damit verfolgten Zielen weder mit der Personalstatistik der Deutschen Bundespost noch untereinander zu vergleichen.

9. In seiner Pressemitteilung vom 16. Oktober 1981 spricht der Bundespostminister von der Übernahme von 1 000 „sonst nicht erforderlichen Dienstanfängern“ in 1982. Wenn für diese „sonst“ kein Bedarf vorliegt oder „sonst“ keine Arbeitsplätze vorhanden sind, wo und wie werden sie dann beschäftigt?

Im Voranschlag 1982 wurde ein besonderer Etal-Anteil für den Fall vorgesehen, daß aus Haushaltsgründen 1982 nicht alle Nachwuchskräfte in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden können.

Sofern für kurze Zeiträume notwendig – weil eine hohe Zahl von Dienstanfängern in einem Zeitraum von wenigen Wochen im Herbst 1982 die Prüfung ablegen, während die Abgänge sich etwa gleichmäßig über das Jahr verteilen – werden diese Kräfte mit Sonderaufgaben im Fernmeldenetz (z. B. Netzbereinigung, Netzsicherheit) beschäftigt oder als zusätzliche Vertreter eingesetzt.

10. Wie hoch sind die jährlichen Kosten und Folgekosten der Deutschen Bundespost für die über den Bedarf Ausgebildeten (der Bundesrechnungshof spricht von über 1 Mrd. DM bis 1979), und wie soll das Problem der Beschäftigung von über den Bedarf Ausgebildeter gelöst werden, wenn etwa 1985 die erwartete Sättigung bei Fernsprechan schlüssen vorliegt?

Bisher ist es der Deutschen Bundespost gelungen, alle Auszubildenden im Rahmen ihres Bedarfs, wenn auch nicht sofort, ausbildungsgerecht zu beschäftigen.

Die Mehrkosten, die für nicht ausbildungsgerechte Beschäftigung von Fernmeldehandwerkern im Postdienst entstehen, sind für die Vergangenheit nur schwer quantifizierbar, weil diese Beschäftigungsperiode für die Handwerker von ganz unterschiedlicher Dauer war.

Es ist jedoch zu erwarten, daß in den nächsten Jahren eine ausbildungsgerechte oder ausbildungsfremde Beschäftigung von Fernmeldehandwerkern in erheblichem Umfang nicht mehr möglich sein wird und die Deutsche Bundespost von einer Übernahme dieser Kräfte absehen muß, was allen Auszubildenden vor Abschluß der Ausbildungsverträge mitgeteilt worden ist. Als Richtwert kann man davon ausgehen, daß für den Auszubildenden, der nicht untergebracht werden kann, der Deutschen Bundespost Kosten in Höhe von ca. 125 000 DM entstehen:

Aus den Bezirken:

Bezirksvereinigung Dortmund

Bezirksdelegiertentag 1982 der Bezirksvereinigung Dortmund

Am 10. 05. 1982 fand im Veranstaltungszentrum der Westfalenhalle der Bezirksdelegiertentag der Bezirksvereinigung Dortmund statt.

Neben zahlreichen Ehrengästen von der OPD Dortmund, Fernmeldeämtern und Gewerkschaften, nahmen 65 Delegierte aus den Ortsvereinigungen Bochum, Dortmund, Hagen, Meschede und Siegen diesen Termin wahr, um zwei berufsbezogene Referate zu hören.

Nach dem Grußwort des Vizepräsidenten Herrn Schneider, nahm Herr Falz von der OPD Dortmund (Referat 34) Stellung zu dem Thema: „Die Personalplanung der DBP und die Einbindung in das Unternehmen.“

In diesem Vortrag wurde den Delegierten aufgezeigt, welche politischen, gesellschaftlichen und arbeitsrechtlichen Aspekte bei der Personalplanung zu beachten sind.

Der stellv. Bundesvorsitzende Herr Behrend verdeutlichte in seinem Referat, daß die Bundeslaufbahnverordnung in vielen Punkten verbessert werden muß. Er forderte u. a., den Aufstieg für besondere Verwendung schon mit dem 45. Lebensjahr zu ermöglichen. Auch stellte er die Forderung, daß die Ausbildung für den mittl. techn. Dienst mit einem anerkannten, öffentlich-rechtlichen Abschluß enden muß.

Am Nachmittag fanden Neuwahlen statt. Der geschäftsführende Bezirksvorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender	Franz Roschkowski	FA 2 Dortmund
stellv. Vors.	Rolf Klug	FA Hagen
stellv. Vors.	Hans-Joachim Sorge	FA Bochum
1. Schriftführer	Winfried Thiel	FA Bochum
1. Kassierer	Roland Kaiser	FA 2 Dortmund

— — —

Post: Mehr Arbeit bei gleichzeitiger Stellenkürzung

Techniker beklagen Überlastung

(tve) In den Rosenterrassen der Westfalenhalle trafen sich gestern etwa 65 Abgesandte des „Verbandes Deutscher Fernmeldetechniker Post“ zu ihrem Bezirksdelegiertentag.

Für die Vertreter der Fernmeldeämter Bochum, Dortmund, Hagen, Meschede und Siegen ging es dabei hauptsächlich um Personalprobleme: Zuviel Arbeit, aber Stellen werden gestrichen, außerdem herrscht Unzufriedenheit darüber, daß ein Tarifangestellter (Fernmeldehandwerker) mehr verdient als ein Beamter. Die Gewerkschaften sollen mit dieser Forderung konfrontiert werden.

Außerdem strebt der Verband eine öffentlich-rechtliche Anerkennung der Ausbildung zum mittleren technischen Dienst an. Dazu Bezirksvorsitzender Franz Roschkowski: „Der Verband ist der Ansicht, daß das zu einer Berufsausbildung gehört.“

Bezirksvereinigung Rheinland

VDFP Rheinland beim Präsidenten der OPD

Am 14. 4. 1982 fand ein Gespräch der VDFP Rheinland mit dem Präsidenten der OPD Koblenz statt. Herr Dr. Laue wurde über die Organisationsstruktur der vereinigten VDFP Bezirke Rheinland und Trier informiert. An dem Fachgespräch zu den Punkten

- Aufgabenerhalt der Techn. Aufsichten
 - Verwendungsaufstieg eine Bestrafung
 - Werkstättenkonzept, DSt Ts, Abhängigkeit von PVQ
 - Blockierung von 5/6 und A7 Dp durch Handwerker
- nahm auch der Abteilungspräsident, Herr Thiesmeier, teil.

Die VDFP machte die Notwendigkeit der Aufsichtstätigkeit für den techn. Betrieb deutlich am Beispiel der DSt FeE. Aus allen Bereichen, so die OPD, seien über besonders schwierige sich wiederholende Einsätze, die in der Bemessung noch nicht ihre Berücksichtigung gefunden hätten, zu berichten. Ein entsprechendes Schreiben gehe nochmals an die Ämter.

Die Nachteile des Verwendungsaufstieges mit der Zulagenabschmelzung sei der OPD bekannt. Die VDFP wies insbesondere auf die echten Verluste eines A9 +Z Kollegen nach der Übernahme in A9 bei einer eventuellen Frühpensionierung hin. Dazu werden die AbtL 3 der OPDn in Trier Ende April beraten. Auch von der OPD Koblenz wird darüber berichtet. Neue Beschlüsse werden uns mitgeteilt.

Für das FZA setzte sich die VDFP für Organisation von zwei Ts Dienststellen ein. Dies sei z. Z. auch Auffassung der OPD. Weiterhin wurde der Auftragsstau beim Überholen vom Amtsbau und EMD Wählern durch die Personalthöchstzahl der PVQ angesprochen. Diese Festschreibung dränge zur Vergabe an Private. Diese Vergabe nehme nur die Spitzen und garantiere einen gleichbleibenden Personalbestand, so die OPD. Jedoch werde darüber nochmals mit dem FZA gesprochen.

Bezirksvereinigung Südbaden

Abgeordneter schenkt Fernmeldern nach schmerzlichen Kürzungen reinen Wein ein

Dr. Haimo George: Bleiben Sie gelassen und blockieren sie neue Technologien nicht!

ROTTWEIL — „Tragen Sie das, was Sie tragen müssen mit einiger Gelassenheit, so bitter es für Sie und Ihre Familien ist. Sie werden sich auf Schlimmeres vorbereiten müssen.“ So deutlich wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Haimo George (Wahlkreis Calw) gestern vor rund 100 Fernmeldetechnikern im Katholischen Gemeindehaus, wo Kürzungen und Belastungen bis zu 500 Mark jährlich beklagt worden waren. In der Bezirksversammlung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker der Post beschwor Dr. George seine Zuhörer, nicht aus Arbeitsplatzsorgen neue Technologien zu blockieren — auch wenn diese neuen Technologien die Post sicherlich Arbeitsplätze kosten würden.

Die Operation 1982, bei der in Bonn angesichts der schwierigen finanziellen Lage des Staates Kürzungen und Einsparungen beschlossen worden waren, ist für Dr. George erst die Spitze eines Eisberges. Der ganze Ernst der Lage werde deutlich, wenn man bedenke, daß ein Prozent Wirtschaftswachstum 16 Milliarden Mark bedeuten und daß wegen der konjunkturellen Abwärtsbewegung der letzten Jahre auf diese Weise rund 100 Milliarden Mark verloren gegangen seien.

Zwei Millionen Arbeitslose kosten den Staat nach Auskunft von Dr. George zwei Prozent Wirtschaftswachstum zur Finanzierung. Für 1982 seien jedoch lediglich 1,5 Prozent zu erwarten — wenn alles klappe und die Voraussetzungen einträfen.

Angesichts dieser ungünstigen Rahmenbedingungen sind die Angehörigen der Post nach Dr. Georges Meinung noch ganz gut weggekommen: Postminister Gscheidle habe in Bonn bei den Kürzungsgesprächen nicht nur Stelleneinsparungen verhindert, sondern einen Zuwachs für 1982 gegenüber dem Vorjahr erreicht. Die Gesamtzahl dieser Stellen liege bei 10000.

Ein Anrecht auf die Belohnung ihrer Arbeit und auf eine Beseitigung der Blockade von zusätzlichen Qualifikationen im mittleren technischen Dienst mochte der Referent den Fernmeldern nicht absprechen. Die Chancen für die Zukunft seien allerdings gleich null. „Wir müssen Sie wieder bitten, sich markt- und finanzgerecht zu verhalten“, stellte Dr. George klar.

Die bisherigen Kürzungen, von denen die Fernmelder betroffen seien, hätten nicht mit einer einzigen Mark zur Entschuldung des Staates beigetragen, sondern lediglich zur Finanzierung der Zinslasten. Und dies gelte für die ganze Operation 1982. Dr. Haimo George: Die Verschuldung läuft und läuft und läuft . . ."

Die Ursachen für die finanzielle Misere sieht der CDU-Parlamentarier vor allem darin, daß zehn Jahre lang die Lohnentwicklung mitunter das vierfache der Produktivitätssteigerung betragen habe. „Und daran sind nicht nur die Gewerkschaften schuld“, sagte Dr. George, „schließlich stehen unter jedem Tarifvertrag zwei Unterschriften“.

Ausdrückliches Lob zollte der Sozialpolitiker dem Verhalten der Industriegewerkschaft Metall mit ihrem Vorsitzenden Loderer an der Spitze im Hinblick auf die jüngsten Tarifverhandlungen. Dagegen wolle der Chef der Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Kluncker, dem Staat über das Maß von Wirtschaftswachstum und Inflation hinaus Geld abknöpfen. „Und Sie sind nachher die Leidtragenden!“, betonte Dr. George.

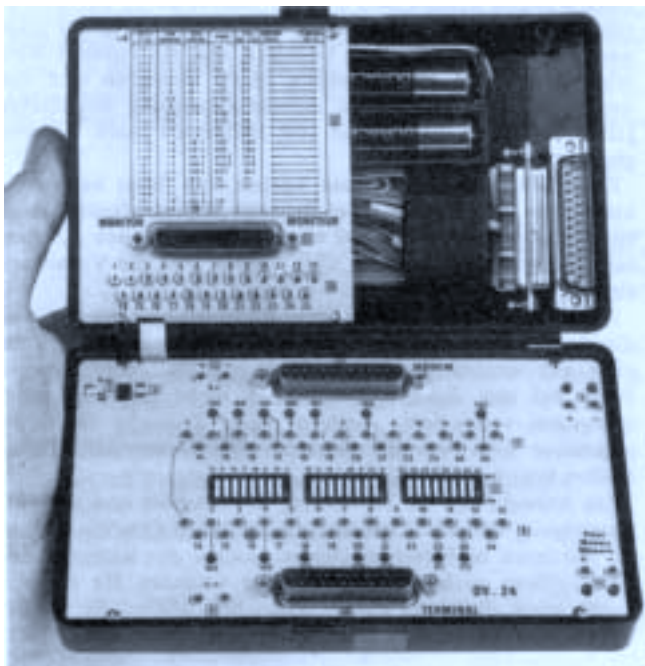
Schon im Hinblick auf die Verantwortung der Bundesrepublik für die stetig wachsende Bevölkerung der Dritten Welt muß unser Land nach des CDU-Parlamentariers Meinung an die Spitze des technologischen Fortschritts in der Welt zurück. Er bemängelte, daß sowohl Arbeitgeber, als auch Arbeitnehmer sich der Rationalisierung mitunter versperren hätten. Das habe man bei der Uhrenindustrie, bei der Hi-Fi-Industrie sowie bei der Motorrad-Industrie gesehen. Der Preis für die Blockade neuer Technologien seien Konkurrenz. Der CDU-Abgeordnete meinte: „Wir können Japan nicht kopieren, wir müssen es kopieren.“

Abweichende Einschätzungen gaben andere Redner ab: Josef Rieger, Bezirksvorsitzender Hessen, bestritt aufs heftigste die von Dr. George angeführten Lohnzuwächse: „Wir vom mittleren technischen Dienst sind an der Misere und an der Verschuldung dieses Staates nicht schuld. Wir haben keine 14 Prozent Gehaltserhöhung bekommen.“

Der hiesige Bezirksvorsitzende Heller hatte gleich zu Anfang bekannt: „Unsere Geduld ist langsam zu Ende. Wir wollen endlich für unsere Arbeit die gerechte Bezahlung.“ Außerdem trat er der verbreiteten Einschätzung der Beamten als „Staatsfaulenzler“ entgegen und wies auf die jüngsten Kürzungen hin.

Diese wurden von Abteilungspräsident Otto Nufer, Oberpostdirektion Freiburg, referiert. Er beklagte, daß die Beförderungschancen beschnitten seien und wies auf die Gefahren einer Neuverschuldung der Post durch jährliche Investitionen in Höhe von 13 Milliarden Mark sowie auf das mögliche Ende der Post-Überschüsse in den Jahren 1984 und 1985 hin.

*SCHWÄBISCHE ZEITUNG
DIENSTAG, 6. April 1982*



Bezirksvereinigung Berlin

Ab sofort erhält die Bezirksvereinigung Berlin eine neue Postfachnummer. Unsere Anschrift lautet jetzt:

VDFP-Bezirksvereinigung Berlin
Postfach 44 02 17
1000 Berlin 44

P. Behrend

Postreisedienst endgültig zur Bundesbahn

Die Bundesregierung hat die endgültige Überleitung des Postreisedienstes zur Bundesbahn beschlossen. Damit ist nach jahrelanger Diskussion über den Verbleib des Postreisedienstes eine Entscheidung zu Gunsten der DB gefallen.

Zunächst werden 4 von insgesamt 18 noch zu bildenden Bezirken der DB angegliedert. Diese Bezirke werden nicht nach den bestehenden OPD oder DB Bereichen ausgerichtet, sondern es werden besondere Verkehrsräume gebildet. Bis 1983 soll die Überleitung aller Post-Kom innerhalb dieser Verkehrsräume an die DB abgeschlossen sein.

Mit den vorgenannten Entwicklungen und den daraus resultierenden Strukturveränderungen des Kfz-Werkstattendienstes hat sich der Vorstand der VDFP beschäftigt. Er hat die Arbeitsgruppe BPt-MT/Kr beauftragt, die mit dieser Neuregelung verbundenen Auswirkungen auf das kraftfahrtechnische Personal zu untersuchen.

Als Ergebnis der Beratungen wurde von der Arbeitsgruppe festgestellt, daß die Überleitungsverhandlungen mit sehr viel Toleranz, Verständnisbereitschaft und gegenseitiger Rücksichtnahme geführt werden müssen, damit personelle und soziale Nachteile weitgehend vermieden werden. Es muß sichergestellt werden, daß die posteigenen Werkstätten weiterhin in dem Umfang in Anspruch genommen werden, wie es für eine optimale Auslastung der Postbetriebe erforderlich ist. Bei der Bildung neuer Verkehrsräume muß auf die regional unterschiedliche Struktur Rücksicht genommen werden. Bei der Entscheidung, welche Werkstätten künftig für die Instandhaltung aller in diesem Bereich eingesetzten Kom zuständig sein sollen, ist immer dort eine Lösung zu Gunsten der Postwerkstatt zu treffen, wo sowieso bereits eine Strukturschwäche festzustellen ist.

Bei diesem Gespräch wurden die mit der Neuerung im Zusammenhang stehenden Probleme erörtert. Realisierungsabsichten und Zielvorstellungen seitens des BPM standen dabei im Vordergrund.

Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß unsere berechtigten Sorgen und Bedenken von den Verantwortlichen des BPM mit Verständnis aufgenommen wurden. Es wurde versichert, daß Lösungen erarbeitet und angestrebt werden, die die Auswirkungen im personellen und kraftfahrtechnischen Bereich zumutbar gestalten und soziale Härten vermieden werden.

Haas, Pt

Ein unentbehrliches Werkzeug für jeden TP-Techniker ist der von Wandel & Goltermann entwickelte Schnittstellentester DV-24. Er ist klein, leicht und handlich. Das ideale Gerät zur Analyse und Fehlersuche an der Schnittstelle zwischen Datenendgerät (DEE) und Datenübertragungsgerät (DÜE). Die Schnittstellenleitungen können während des laufenden Betriebes überwacht werden. Das Gerät kann aber auch zur Simulation und als Meßadapter verwendet werden.

Koordinatoren der Fach-Arbeitskreise beim VDFP-Bundesvorstand:

Fachbereich	N a m e	Telefon
UFe	F. Roschkowski	(0231) 1997354
Fus/FeÜ	W. Nickel	(0421) 3006833
Mt/Pt	K. Haas	(0741) 90275
UD/EDS	K. Fischer	(0611) 734887
EWS/DIV	G. Huber	(0621) 294463
BF/PIF	H. Enzensberger	(0831) 200398
FeE/TVerb	E. Wehner	(06151) 833627
PIL/BvL	F. Hermkes	(02101) 35550
BBz/TBz	H. Maier	(07161) 62 - 505
BLV	P. Behrend	(030) 6808 9215
Sv	W. Hörle	(06196) 4782751

Entwicklung der Fernmeldetechnik

Glasfasernetz noch im Versuchsstadium Rolle der Bundespost

Über die künftige technische Entwicklung im Fernmeldeverkehr ließ sich der Wirtschaftsausschuß am 12. Mai bei der Weiterberatung des Sondergutachtens der Monopolkommission über die „Rolle der Deutschen Bundespost im Fernmeldeverkehr“ informieren.

Auf entsprechende Fragen von CDU/CSU-Mitgliedern zur Einführungsstrategie für ein Glasfasernetz wies die Bundesregierung darauf hin, daß sich diese Technik noch im Anfangs- und Versuchsstadium befinde, so daß Aussagen über eine detaillierte Planung noch nicht möglich seien. 1984 werde voraussichtlich die Entscheidung getroffen, welche Technik als Einheitstechnik im Glasfasernetz angewendet werden soll.

Zur Verkabelung teilte die Regierung mit, daß ein entsprechender Bedarf auf Antrag einer Gemeinde gedeckt werde. Die Frage von Doppelinvestitionen stelle sich erst dann, wenn die Bundespost flächendeckende Koaxialnetze aufbauen solle, in absehbarer Zeit jedoch das leistungsfähigere Glasfasernetz eingesetzt werden können. Die Satellitentechnik für eine schnellere Datenvermittlung werde geprüft.

Bei der umstrittenen Beteiligung der Bundespost am Endgerätemarkt bekräftigte die Regierung ihren Standpunkt, daß die Bundespost an der technischen Entwicklung teilnehmen und Erfahrungen im Betrieb suchen müsse, um international wettbewerbsfähig zu sein. Sie selbst habe sich Zurückhaltung auferlegt. Nach Ansicht der SPD hat die Bundespost in diesem Bereich nicht nur regulierende Funktionen für kleine und mittlere Unternehmer als Zulieferer, sondern auch als Abnehmer. Die FDP bestärkte die Bundespost in ihrer Haltung, für internationale Geräteangebote offen zu sein.

Dem Hinweis der SPD, daß in der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ die Experten die schwierigen Fragen eingehend behandelten, begegnete die CDU/CSU mit der Erinnerung, daß die Kommission einen Bericht an den Bundestag geben werde, über den dieser entscheiden werde. Deshalb müsse sich der Wirtschaftsausschuß mit den medienpolitischen Fragen und Problemen vertraut machen.

Von der Opposition mit auf den Weg gegeben wurde der Regierung die dringende Bitte, eine Verbesserung des Entstörungsdienstes im Fernmeldeverkehr am Wochenende zu prüfen. Eine Entstörung gegen gesonderte Gebühr – mit Ausnahme bei lebensnotwendigen Einrichtungen – entspreche nicht der Verpflichtung des Monopolunternehmens Bundespost zum Kundendienst.

Nebentätigkeit verbieten

Ein grundsätzliches Verbot für die Nebentätigkeit von Beamten, wobei ein Erlaubnisvorbehalt vorgesehen werden kann, soll der Innenausschuß bei der Beschlußfassung über das „Bereinigungsgesetz“ prüfen. Diesen Beschluß faßte der Haushaltsausschuß am 12. Mai bei der Mitberatung der Regierungsvorlage, in der unter anderem die Bestimmungen über die Nebentätigkeit der Beamten schärfer als bisher gefaßt werden sollen.

Auf Vorschlag des FDP-Abgeordneten *Detlef Kleinert* hatte der Rechtsausschuß bereits die Verbotsmöglichkeit aufgegriffen. Der Haushaltsausschuß begrüßte ferner Vorschläge zur Rehabilitation von dienstunfähigen Beamten. In diesem Zusammenhang bat er um Prüfung, ob Arbeitsentgelte, die von Beamten erzielt werden, die wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind, auf das Ruhegehalt angerechnet werden sollen.

(wib 9/82)

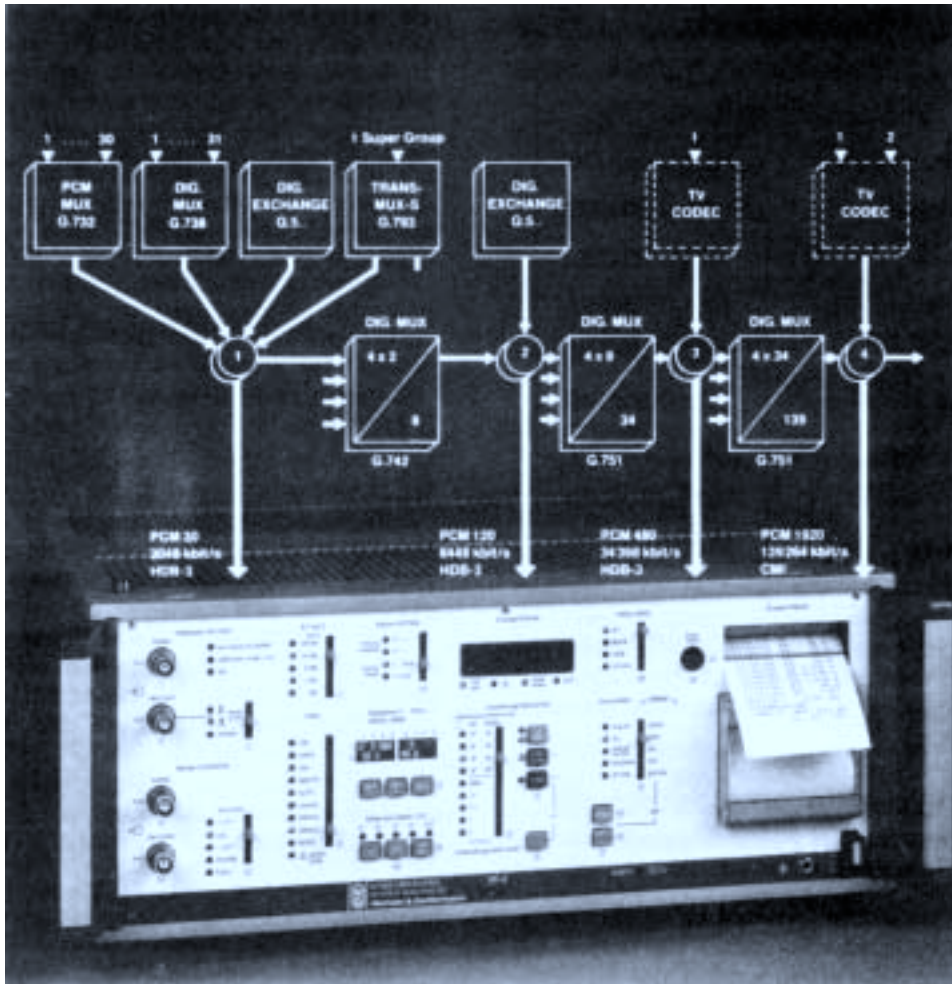
MEHRRARBEITSVERGÜTUNG

Das BPM hat mit Verfügung 321-3 A 6416-1 vom 20. 4. 82 folgendes angeordnet:

„Durch die Bezugsverfügung habe ich die mit Vfg 321-3 A 6416-1 vom 23. 4. 81 bekanntgegebene Regelung, wonach grundsätzlich alle durch Mehrarbeitsvergütung abgeltungsfähigen Freizeitanprüche durch Mehrarbeitsvergütung abzugelten sind, insofern einschränken können, als nur die bis zum 31. 5. 81 entstandene Mehrarbeit grundsätzlich bar abzugelten ist. In dieser Angelegenheit sind eine Reihe von Verwaltungsrechtsstreitigkeiten anhängig.

Durch personalwirtschaftliche Maßnahmen, die ich mit Vfg 326-1 A 1661-3/PVQ vom 2. 6. 81, 326 A 1661-3 vom 17. 8. 81 und 326 A 1669-0 vom 24. 11. 81 getroffen habe, wurden die Voraussetzungen für die Gewährung von Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeit weiter verbessert. Außerdem hat die gegenüber 1981 deutlich verbesserte Haushaltslage 1982 zu einer weiteren Entspannung geführt.

Ich gehe davon aus, daß die in den PVQn 1982 enthaltenen Vertreteransätze einen Freizeitausgleich auch für vor dem 01. 06. 81 geleistete, durch Mehrarbeitsvergütung abgeltungsfähige Mehrarbeit zulassen. Ich ermächtige Sie daher, in den noch nicht abgeschlossenen Fällen, in denen Beamte gegen die Nichtgewährung von Freizeitausgleich Widerspruch eingelegt oder Klage erhoben haben, nachträglich Freizeitausgleich zu gewähren, gegebenenfalls nach Rückzahlung bereits gezahlter Mehrarbeitsvergütung. Bei Schwierigkeiten hinsichtlich des Vertreterbedarfs bitte ich zu berichten (s. meine o. a. Vfg 326 A 1669-0 vom 24. 11. 81)“.



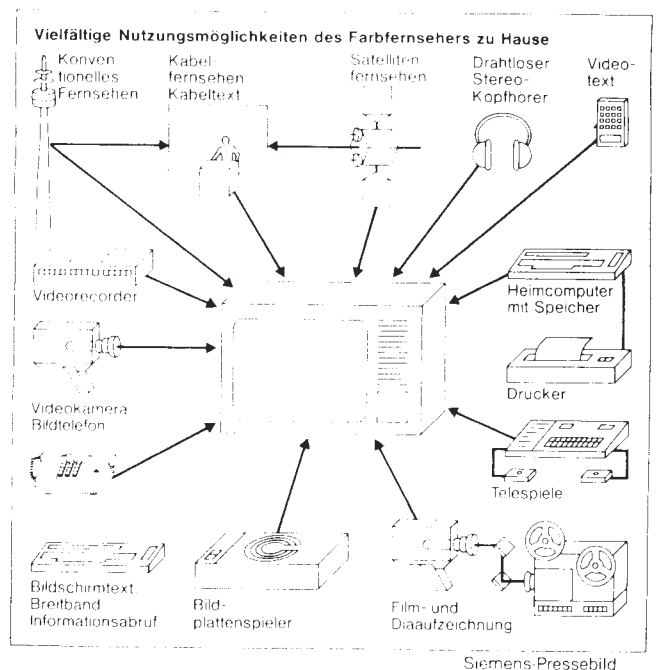
Der neue Bit- und Codefehlermeßplatz PF-4 von Wandel & Goltermann erlaubt Fehlermessungen in allen 4 bisher genormten Hierarchieebenen der PCM-30-Systemfamilie, also bei 2048, 8448, 34368 und 139264 kbit/s.

Bit- und Codefehler können gemessen werden, wobei die Bit- oder die Blockfehlerhäufigkeit oder Fehlersummen angezeigt werden können. Ein auf Wunsch einbaubarer Drucker erlaubt vielfältiges Registrieren und Auswerten der beobachteten Fehlerereignisse.

Jede Neuerung stärkt unsere Position

Beitrittserklärungen können bei den Bezirksvorständen oder beim Arbeitskreis Werbung und Information angefordert werden.

Anschrift



Siemens Pressebild



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 3/1982

17. Jahrgang

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Bundesvorsitzenden der VDFP Karl Fischer, Frankfurt

**Leserbrief zum
Bez.-Vorstände-
treffen in Fulda**

Seite 3

**Berichtigung
zur Ausgabe 2/82**

Seite 3

**Umschichtung von
Dienstposten
CfT in BFt**
(Funktionsgruppenregelung)

Seite 3

**FeV (UFe)
Gespräch am
21. 06. 1982
im BPM**

Seite 5

**Bundesdelegierten-
tag am 11./12. und
13. November 1982
in Frankfurt**

Seite 6

**Redaktionsschluß
für die nächste
Ausgabe ist der
20. 11. 1982**



Als der größte Automat der Welt umspannt das Fernsprechnet mit seinen inzwischen 510 Millionen Sprechstellen die Weltkugel. Viele weitere interessante Zahlen und Angaben über das nach wie vor wichtigste Kommunikationsmittel unserer Zeit enthält die vier-sprachige Internationale Fernsprechstatisik, die Siemens jetzt neu herausgebracht hat.

Siemens-Pressbild

Der Bundespräsident hat unseren Bundesvorsitzenden,

Karl Fischer,

für seine langjährige Tätigkeit in der Berufspolitik durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande des Bundesverdienstordens geehrt.

Die Verleihung fand am 23. August 1982 im Römer der Stadt Frankfurt am Main durch den Magistrat statt.

VERLEIHUNG SURKUNDE

IN ANERKENNUNG DER UM VOLK UND STAAT ERWORBENEN
BESONDEREN VERDIENSTE

VERLEIHE ICH

HERRN TECHN. FERNMELDEBETRIEBSINSPEKTOR

KARL FISCHER

FRANKFURT AM MAIN

DAS VERDIENSTKREUZ

AM BANDE

DES VERDIENSTORDENS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

BONN, DEN 23. FEBRUAR 1982

DER BUNDESPRÄSIDENT



Mitglieder des Bundesvorstandes und der VDFP-Hessen, sowie Arbeitskollegen seines Beschäftigungsamtes (TA Ffm) und seine Familienangehörigen hatten sich im Limburgsaal des Frankfurter Rathauses versammelt und ergänzten den feierlichen Rahmen der Verleihung.



Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Andreas Damian, bedankte sich im Namen der Kollegen des Bundesvorstandes für die geleistete Arbeit und sagte in seinem Grußwort: „Wir alle hoffen, daß diese wohlverdiente Auszeichnung für Dich ein Ansporn ist, Deine Einsatzfreudigkeit und Dein Wissen noch viele Jahre in den Dienst der VDFP und des Bundesvorstandes zu stellen!“

W. Hö.

Leserbrief zum Bezirksvorständetreffen in Fulda

Unterschied beachten

Leserbrief zu FZ-Bericht „Für Anerkennung als Techniker und eine humanere Arbeitswelt“ am Samstag, 15. Mai:

Der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post des Bezirkes Hessen sollte wissen, worin der Unterschied zwischen einem staatlich geprüften Techniker und einem sogenannten „Fernmeldetechniker“ besteht. Es ist für mich unverständlich, wie er die Ausbildung eines Lehrberufes mit dem einer zweijährigen Fachschulausbildung an einer Fachschule für Technik (unter anderem in Fulda und Alsfeld) gleichsetzt.

Herr Josef Rieger sollte doch einmal selbst eine zweijährige Fachschule für Technik besuchen, damit er den großen Unterschied verspürt. Er wird sich dann bestimmt nicht mit den sogenannten „Fernmeldetechnikern“, die besser „Fernmeldemechaniker“ heißen sollten, gleichsetzen. Dies zeigt wiederum, daß Herr Rieger das Bildungssystem in der Bundesrepublik und im Land Hessen nicht kennt oder ignoriert.

Um Herrn Rieger ein wenig Bildungsunterricht zu erteilen, möchte ich den Werdegang zum staatlich geprüften Techniker kurz vorstellen. Bevor ein Studium an einer Fachschule für Technik begonnen wird, muß der Studierende eine Berufsausbildung von zwei bis drei Jahren und einen erfolgreichen Abschluß an einer Berufsschule erzielt haben. Weiter muß er eine praktische Tätigkeit von einem Jahr vorweisen können, in der Regel haben Studierende eine Praxis von vier bis sechs Jahren. Die staatlich geprüften Techniker gehören zu der Berufsgruppe mit der niedrigsten Arbeitslosengruppe (0,7 Prozent) in der Bundesrepublik und sind gefragte Führungskräfte in der Wirtschaft, den Behörden und der Industrie. Der Großteil der Industrie ordnet den staatlich geprüften Techniker neben dem Diplom-Ingenieur ein. Auf Grund dieses großen Bildungsunterschiedes ist es auch verständlich, warum der Verband der staatlich geprüften Techniker – VdT – das Verbot der Ausbildungsberufsbezeichnung „Fernmeldetechniker“ fordert.

Rolf Wohlgezogen
Bundesvorsitzender Verband der Techniker e.V.
4830 Gütersloh, Pavenstädter Weg 109

Fuldaer Zeitung
28. Mai 1982

Wir bleiben keine Antwort schuldig

VDFP-Bezirksvereinigung Hessen

Frankfurt, den 23. 6. 1982

Herrn
Rolf Wohlgezogen

Ihr Leserbrief in der Fuldaer Zeitung

Sehr geehrter Herr Wohlgezogen,

da ich unmittelbar nach der Tagung meiner Organisation in Urlaub gefahren bin, kann ich Ihnen erst heute auf Ihren Leserbrief in der Fuldaer Zeitung antworten. Aufgrund des zu großen zeitlichen Abstandes hat es leider keinen Sinn mehr, Ihre Aussagen in der Zeitung richtigzustellen, daher möchte ich es auf diesem Wege tun.

Ich verstehe nicht, warum Ihre Organisation – die im übrigen, was Ihre Aussagen bestätigen, nur eine recht unklare Vorstellung vom Beruf des Fernmeldetechnikers zu haben scheint – dessen Anerkennung als Techniker ablehnt.

Zu Ihrer Information: Die Ausbildung der von Ihnen als „Fernmeldemechaniker“ abqualifizierten Fernmeldetechniker dauert vier Jahre. Während dieser Zeit müssen zwischen 1.200 und 1.600 Schulstunden absolviert werden, die während der Berufsausübung ständig durch Lehrgänge

ergänzt werden. Die Fernmeldetechniker stehen bei der Deutschen Bundespost neben den Ingenieuren und betreiben und entstoren modernste technische Einrichtungen.

Sie unterstellen mir weiter, über das Bildungssystem in Deutschland nicht informiert zu sein – ein Vorwurf, den ich an Sie zurückgeben möchte – wie sonst könnten Sie Schüler einer Fachschule als „Studierende“ bezeichnen?

Im übrigen ist unser Bemühen um die Anerkennung als Techniker bereits von der Kultusministerkonferenz gebilligt worden, einer Institution, deren Kompetenz Sie doch wohl nicht in Zweifel ziehen wollen?

Ich werde einen Durchschlag dieses Schreibens sowie eine Kopie Ihres Leserbriefes unserem Bundesvorstand übersenden. An dieses Gremium wenden Sie sich bitte bei weiteren Fragen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Rieger
Bezirksvorsitzender VDFP Hessen

Berichtigung zur Ausgabe 2/82 – Seite 2

Erklärung zum Artikel
„Abbau des Beamtenstatus bei der Deutschen Bundespost“

Steuerfrei sind:

- Entschädigungen für Arbeiten im Außendienst
- Erschwerniszuschlag für Arbeiten zwischen 22.00 und 6.00 Uhr
- Entschädigung für Sonntagsarbeit (wenn Leistung vollbracht wird)
- Feiertagsarbeit (zu entschädigen wie Sonntagsarbeit)

Wir bitten, die Fehlinformation zu entschuldigen.

Die Redaktion

Umschichtung von Dienstposten CFT in Bft

Bundesministerium für das
Post- und Fernmeldewesen
Postfach 8001
5300 Bonn 1

Frankfurt, den 13. Juni 1982

Umschichtung von Dienstposten CFt nach Bft

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der Herausgabe des neuen Aufgabenträgerkataloges für die Ämter des Fernmeldewesens mußten wir mit Bedauern feststellen, daß die Zuordnung von Dienstposten CFt nach Bft gem. BPMVfg 323-7 8431-0/FGr vom 10. 02. 1978 nicht mehr gegeben ist.

In diesem Zusammenhang dürfen wir auf die Antwort des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 20. 4. 1977 verweisen, wonach die von Bft-Kräften eingenommenen CFt-Dienstposten für ständig dem mittleren fernmeldetechnischen Dienst zugeordnet bleiben müssen. Hiervon sind ca. 500 Dienstposten betroffen.

Wir sind der Auffassung, daß diese Dienstposten nach wie vor dem Bft-Dienst zuzuordnen sind.

Aus den vorgenannten Gründen bitten wir daher um eine Ausweisung der entsprechenden Dienstposten im Aufgabenträgerkatalog.

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

gez. Karl Fischer
Bundesvorsitzender

Anlage:
Antwort des Petitionsausschusses vom 20. April 1977

(Die vorgenannte Anlage)

DEUTSCHER BUNDESTAG 53 Bonn, 20. April 1977
Petitionsausschuß Bundeshaus
Vorsitzende
Pet (600)-7-202-22672

Vereinigung Deutscher
Fernmeldetechniker Post e. V.
— VDFP Bundesvorstand —
Postfach 4524
6000 Frankfurt/Main

Betr.: Beamte des Bundes
Bezug: Ihr Schreiben vom 23. Februar 1976
Anlg.: -2- (Beschluß, Gründe)

Sehr geehrte Herren!

Ihre Eingabe ist abschließend bearbeitet worden. Im Auftrage des Herrn Bundestagspräsidenten gebe ich Ihnen hiermit den Beschluß des Deutschen Bundestages zur Kenntnis. Die Begründung ist beigefügt.

Wegen der parlamentarischen Sommerpause und der anschließenden Neuwahl des 8. Deutschen Bundestages konnte der Petitionsausschuß seine Arbeit erst nach seiner Konstituierung in der zweiten Januar-Hälfte 1977 wieder aufnehmen. Aus diesen Gründen war es leider nicht möglich, Ihre Eingabe früher abschließend zu behandeln. Ich bitte Sie, die Verzögerung zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Frau Lieselotte Berger (Berlin)

DER BUNDESMINISTER FÜR DAS
POST- UND FERNMELDEWESEN

Vereinigung Deutscher
Fernmeldetechniker Post e. V.
— Bundesvorstand —
Postfach 4524
6000 Frankfurt 1

06. 07. 1982

Umschichtung von Dienstposten CFt nach BFt im Rahmen der Funktionsgruppenregelungen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Erlaß der sog. Funktionsgruppenverordnung vom 23. 12. 71 war es möglich geworden, für die seinerzeit im gehobenen Dienst höherwertig beschäftigten Beamten B eine Funktionsgruppe des mittleren Dienstes einzurichten und damit — neben dem Erhalt zusätzlicher Planstellen im Spitzenamt des mittl. Dienstes — den Verbleib der bewährten Beamten auf ihren Dp zu sichern. Es handelte sich um insgesamt 506 Funktionen (Beamte auf Dp) aus den Laufbahnen des mittl. techn. Dienstes, die seitdem als Tz 12b der Funktionsgruppen im Stellenplan der DBP ausgewiesen sind. Die Arbeitspostenbewertung vollzog diese Regelung im Bewertungskatalog F durch Einrichtung der Funktion des Teilsachbearbeiters in den betroffenen Stellen oder durch alternative Ausweisung von Dp je nach der Besetzung nach A 10 bzw. A 9 vz nach.

Die Neufassung der BLV vom 15. 11. 1978 sah erstmalig einen Aufstieg für besondere Verwendungen vor. U. a. in dem Gedanken einer größeren Durchlässigkeit der Laufbahnen wurde damit für Beamte über 50 Jahre unter Berücksichtigung ihrer besonderen Berufs- und Lebenserfahrung die Möglichkeit geschaffen, unter erleichterten Bedingungen z. B. in den CFt-Dienst aufzusteigen. Zur vorausgehenden Bereinigung der Laufbahnen wurden im Rahmen einer Einmalmaßnahme bereits langjährig in einer höheren Laufbahn beschäftigte Beamte in einem nochmals vereinfachten Verfahren in die höhere Laufbahn übernommen.

Es war bei der Gestaltung der Regelungen zur Einmalmaßnahme nahezu zwangsläufig, auch an die Mitarbeiter zu denken, die zwar früher höherwertig beschäftigt waren, deren Dp aber inzwischen aus Stellenplangründen zur darunter liegenden Laufbahn gehörten. So gab es im Fall der Laufbahn BFt nämlich nur einige wenige Beamte, die außerhalb dieser Funktionsgruppe B (mit umgeschichteten Funktionen C) mit der Einmalmaßnahme erfaßt werden konnten.

Aus diesem Grunde wurden aus diesem Personenkreis mit der Einmalmaßnahme = ca. 300 Beamte A 9 BFt/BPt — unter gleichzeitigem Verbleib auf ihren DP — in den gehobenen Dienst übernommen. Auch mit dem ersten Aufruf zum Verwendungsaufstieg unter normalen Bedingungen wurden 1981 nochmals 360 Beamte für den Aufstieg CFt zugelassen. Damit ist aber die seinerzeit eingerichtete Funktionsgruppe „Bea Bt auf Dp Ct“ praktisch aufzulösen. Ich sehe die Förderung der früher höherwertig beschäftigten Beamten BFt auch erst mit der nunmehr möglich gewordenen Übernahme in den CFt-Dienst endgültig vollzogen. Diese Beamten haben auch noch zusätzlich vorher die Planstelle A 9 + Z erhalten.

Die Zurücknahme der Beamten BFt in den CFt-Dienst unter Mitnahme ihrer Funktion mußte ich deshalb im Bewertungskatalog F nachvollziehen. Trotzdem müssen

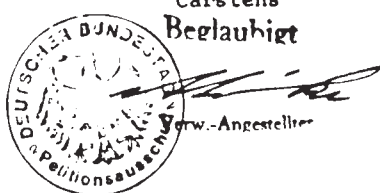
DEUTSCHER BUNDESTAG
Der Präsident
B e s c h l u ß
des Deutschen Bundestages
gemäß § 113 seiner Geschäftsordnung
in Verbindung mit Artikel 17 des Grundgesetzes
in der 21. Sitzung vom 24. März 1977
nach Antrag des Petitionsausschusses
- Sammelübersicht 1 (Drucksache 8/202)

1fd. Nr. 184 - :

- a) Die Petition als positiv erledigt anzusehen, soweit dem Anliegen des Petenten, bestimmte Aufgaben dem mittleren fernmeldetechnischen Dienst zu belassen, entsprochen wurde,
- b) die Petition im Übrigen der Bundesregierung - dem Bundesminister des Innern - als Material zu überweisen.

- Gründe vom 2. März 1977 (Prot.Nr. 8/3) -

Carstens
Beiglaubigt
Verw.-Angestellter



Beamte, die nicht aufgestiegen sind, nicht umgesetzt werden. Dies ist bei allen Funktionen, die abgeschichtet waren, durch die gleichzeitig neue Bewertungsvorgabe:

A 10
A 9 Z) (vgl. AtNr 333 00, 442 00 usw.) ersichtlich.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Unterschrift

siemens presseinformation+++++

Direkten Zugang zu allen Telefonleitungen – wie bei früheren Vermittlungsstellen – bieten die neuen Reihenanlagen „teamset 200“ von Siemens. Die eingesetzte Mikroelektronik bringt darüber hinaus eine Reihe weiterer Vorteile: Farbige Leuchtdioden signalisieren alle Betriebszustände, das Display dient zur optischen Eingabekontrolle, zur Überwachung von Wählvorgängen, zum Prüfen gespeicherter Telefonnummern und zur Gesprächszeiterfassung. Datum und Uhrzeit werden angezeigt und wichtige Termine lassen sich signalisieren.



Siemens-Pressbild

FeV (UFe) – Gespräch im BPM

Am Montag, dem 21. 06. 82 fand unter Beteiligung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Andreas Damian und dem Vorsitzenden der BV-Rhein-Ruhr, Herbert Dissen, ein Gespräch über den Fachbereich UFe (FeV) statt.

Erörtert wurden in der Abt. 2 Bemessungs- und Organisationsfragen. Mit der Herausgabe der neuen OrgRichtl ÄF hat sich die Kurzbezeichnung von UFe in FeV (Fernsprechvermittlungsbetrieb) geändert. Ebenfalls ist daran gedacht, die Aufsichten in „Technische Betriebsaufsichten“ umzubenennen. Damit soll die fachbezogene Verantwortlichkeit dieser Personengruppe für den Zustand der technischen Einrichtungen aus betrieblicher Sicht mehr als bisher herausgestellt werden.

Zur Zeit befinden sich die Arbeitsanweisungen sowie die ArbOrgRichtl des Bemessungsbereiches 383 in der Überarbeitung. Es ist beabsichtigt, in der neuen ArbOrgRichtl keine Bildungsgesetze für die FeV-Bezirke festzulegen.

Im Rahmen von Arbeitsuntersuchungen werden völlig neue Bemessungsunterlagen entwickelt, deren Grundlage nicht mehr wie bisher der Bestand der technischen Einrichtungen sondern das Arbeitsgeschehen sein wird. Die neuen Bemessungsunterlagen werden auf Zustand und Alter der technischen Einrichtungen und die damit in Zusammenhang stehenden Unterhaltungsmaßnahmen ausgerichtet. Mit einer Realisierung der neuen Bemessung ist aber vor 1984/85 nicht zu rechnen.

Zur Zeit befinden sich die Maßnahmen der sogenannten „aktualisierten Bemessung“ im Geschäftsgang. Auf der Grundlage der Mannheimer Untersuchungen wird der Anhang 383 zur DABemÄ mit einer Kürzung, die sich um etwa 12 v. H. bewegen soll, verbunden sein. Die Bemessung der Dienststellenleitung soll dem Vernehmen nach sogar um 25 v. H. reduziert werden, weil in der letzten Bemessung keine Kürzung erfolgt ist.

Durch den Zugang an technischen Einrichtungen soll sich jedoch diese Kürzung auf den derzeitigen Personalkörper nicht direkt auswirken. Aus betrieblicher Sicht sind jedoch Überlegungen im Gange, die Bewertung des Einsatzleiters nach A 9 Z zu vermehren.

Angesprochen wurden auch verschiedene betriebliche Regelungen, wie z. B. der erhöhte Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Handhabung der 1 R 36 (Verzicht des Nachprüfens). Dem BPM ist bekannt, daß dadurch ein erhöhter Arbeitsaufwand entstanden ist. Man geht aber davon aus, daß in absehbarer Zeit die Störungsmeldungen bis auf einen bestimmten Restbetrag abgebaut werden können.

Die Betriebsdatenverarbeitung hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Datenergebnisse werden zu spät erstellt und geben ohnehin nur Auskunft über Erkenntnisse, die seit Jahren vorliegen.

Es wird in Erwägung gezogen, die Datenverarbeitung zu dezentralisieren wobei daran gedacht ist, die Einsatzplätze mit einer Sichtdatei auszustatten, in der alle wichtigen Daten der Fernsprechvermittlungstechnik zu finden sind.

Dabei wird man auf regelmäßig sporadisch wiederkehrende Ergebnisse, die keine Aussagekraft besitzen, verzichten. Es wird dabei überlegt, die Zeiterfassung auf bestimmte Zeiträume, die zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit dienen sollen, zu begrenzen.

Die betrieblich-fachliche Fortbildung ist zur Sicherung des Vertreterhaushaltes zu 50 v. H. gekürzt worden. Die Auswirkungen auf den Fachbereich FeV sind gravierend, weil Fortbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken zwingend notwendig sind.

Diese Maßnahmen dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Inwieweit diese Maßnahmen zum Tragen kommen werden, bleibt dem Verhandlungsgeschick der Berufsverbände und des Einsatzes der Personalvertretungen überlassen.

Wir können nur hoffen, daß diese drastischen Kürzungen nicht voll verwirklicht werden. Der Fernsprechvermittlungsbetrieb hat gerade in den letzten Jahren Personalkürzungen von weit über 50 v. H. hinnehmen müssen. Auf längere Sicht wird zwangsläufig die Dienstgüte darunter leiden müssen, so daß die mit der Einführung des Verfahrens verbundene Aussage, dem Fernsprechteilnehmer eine angemessene Dienstgüte zu bieten, nicht mehr zutreffend ist. Eine weitere Beeinträchtigung bringt die

ständige Änderung in der Organisation, so daß die in der Leitlinie für die Zusammenarbeit und Führung bei der DBP formulierten Zielsetzungen nicht mehr anzuwenden sind.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich im Laufe der Zeit in der täglichen Arbeitsabwicklung mehrere Spannungsfelder entwickelt haben und entwickeln werden.

Diese Entwicklung wird sich nach unserer Auffassung noch verstärken, wenn weiterhin mit diesen Personalkürzungen zu rechnen ist. Der Streßzustand, in den viele im Fernsprechbetrieb tätigen Kollegen hineingedrängt worden sind, muß unbedingt abgebaut werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn den ständigen Personalkürzungen Einhalt geboten wird. Die Schaffung eines humanen Arbeitsplatzes, bei dem der Mensch wieder in den Vordergrund gestellt wird, ist daher unabdingbar.

Di/Da

Bezirksdelegiertentag 82

Am 15. Juli 1982 fand im Vereinsrestaurant des PSV München der Bezirksdelegiertentag 82 der Bezirksvereinigung Südbayern statt. In der Aussprache zum Geschäfts- und Kassenbericht gab es keine Einwendungen, worauf die Entlastung erteilt wurde.

Als Vorsitzende des Bezirksvorstandes wurden die Kollegen

- | | |
|------------------------------------|---------------|
| 1. Vorsitzender Hans Fleischer | FA Traunstein |
| 2. Vorsitzender Harro Enzensberger | FA Kempten |
| 3. Vorsitzender Josef Hebauer | FA 5 München |

gewählt.

Als Gäste begrüßte der 1. Vorsitzende Hans Fleischer den Vertreter des Präsidenten der OPD München, den Referatsleiter 21A, Herrn OPDir Dipl.-Ing. Schorer, den VDFP-Bundesvorsitzenden K. Fischer und als Referenten den Bezirksvorsitzenden der BV Hessen Josef Rieger.

Der Bundesvorsitzende Karl Fischer sprach einige Grußworte, bevor OPDir Dipl.-Ing. Schorer die Grüße des Präsidenten der OPD überbrachte. In einem Kurzreferat setzte sich Herr Schorer mit der Lage des Bft-Dienstes im Bezirk der OPD München auseinander. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß im Bezirk der OPD München zur Zeit ca. 4.200 Bft-Kräfte beschäftigt sind, etwa 31 % des Gesamtpersonalbedarfs im Fernmeldebereich. Eine Mehrung der technischen Einrichtungen von 113 Prozent seit 1973 sei mit einer Erhöhung des Personalbestandes von nur 19 % bewältigt worden. Einen entscheidenden Anteil bei der Erledigung der angefallenen Aufgaben haben nach seinen Worten die Beamten des mittleren technischen Dienstes geleistet. Eine wesentliche Änderung des Personalbestandes sei nicht zu erwarten, da u. a. bis 1985 eine Sättigung im Bereich der Hauptanschlüsse erwartet wird. Wichtig sei es, auf dem Endgerätemarkt im Geschäft zu bleiben, was zur Erhaltung des Personalstandes beitragen würde.

Im Hauptreferat sprach als Gastredner Josef Rieger zuerst über technische Neuentwicklungen im Bereich der Fernsprech- und Datentechnik und deren negative Auswirkungen für das Personal der DBP. Danach ging Kollege Rieger auf die Problematik der Personalbemessung (Neubemessung, Bemessungsänderung) ein. Er zeigte Möglichkeiten für die VDFP mitzuwirken, um Verbesserungen für die Beamten des mittleren technischen Dienstes zu erreichen.

Zu den Möglichkeiten, meinte Kollege Rieger, es sei sehr wichtig, dort wo Erhebungen für Neubemessungen durchgeführt werden, die betroffenen Kollegen genauestens über die Art und Weise und das Ziel solcher Erhebungen zu informieren. Außerdem bestehe für die VDFP die Möglichkeit, bei der Neuerstellung und Änderung von ArbOrgRichtl

mitzuwirken.

In der anschließenden Diskussion wurden u. a. die immer höher werdenden finanziellen Einkommensverluste der Fernmeldehandwerker, die sich ins Beamtenverhältnis übernehmen lassen, angesprochen. Auch wurden die sehr langen Wartezeiten auf Beförderungen nach der Übertragung der Dienstposten zur Sprache gebracht. Bundesvorsitzender Karl Fischer erklärte, daß die Beamten des mittleren technischen Dienstes bereit sind, auch die in Zukunft auf sie zukommenden Aufgaben optimal zu erledigen, daß sie aber auch ihre Forderung nach Einführung einer Technikerlaufbahn bzw. struktureller Verbesserungen durchsetzen wollen.

Bezirk Südbayern

Bundesdelegiertentag am 11./12. und 13. November 1982 in Frankfurt

Der Bundesdelegiertentag 1982 findet am 11., 12. und 13. November in Frankfurt am Main, Haus Ronneburg, statt.

Die Anträge für den Bundesdelegiertentag 1982 sind bis zum 30. 9. 1982 (Termin genau einhalten) schriftlich in einer Auflage von 150 Exemplaren beim Bundesvorstand, Geschäftsstelle Frankfurt am Main, (Kollege Dänner) einzureichen, damit allen Delegierten rechtzeitig die Anträge zugehen können. Die Antragskommission soll entgegen der bisherigen Gepflogenheit schon am 10. 11. 1982 in Frankfurt am Main zusammentreten, damit auch diesen Kollegen ein kontinuierlicher Zeitpunkt der Teilnahme am gesamten Bundesdelegiertentag ermöglicht wird.

Die Post als Arbeitgeber

Die Deutsche Bundespost bot am Jahresende 1981 542 457 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesicherte Arbeitsplätze.

Die Deutsche Bundespost kann es aus volkswirtschaftlichen Überlegungen und aus ihrer gesetzlichen Verpflichtung heraus nicht verantworten, unnötige Arbeitsplätze zu belassen oder gar einzurichten und dafür Personal einzustellen. Gleichwohl wird von ihr neben dem an Wirtschaftlichkeitsüberlegungen orientierten unternehmerischen Verhalten auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwartet. Deshalb ist es erfreulich, daß die Deutsche Bundespost in der Folge einer aktiven Marktpolitik vor Anforderungen gestellt war, die eine Erhöhung des jahresdurchschnittlichen Personalbestandes um 7.882 Arbeitskräfte (Teilkräfte auf volle Kräfte umgerechnet) möglich machte. Daneben übernahm sie die Ausbildung einer großen Zahl von Nachwuchskräften. Im Berichtsjahr stellte sie Schulabgängern rd. 19.000 Ausbildungsplätze (einschließlich rd. 1.000 Ausbildungsmöglichkeiten für Praktikanten) zur Verfügung. Damit kamen mehr als die Hälfte der Ausbildungsplätze des Bundes aus dem Bereich der Deutschen Bundespost.

Die Moral von der Geschichte:

Ausgebildete haben nur noch geringe Chancen übernommen zu werden.

Wenn doch, bleiben sie dumm. Die Fortbildung wurde nämlich auf ein Mindestmaß reduziert!

Zwei Sprechstellen gemeinsam unter dem „Hut“ des normalen Posttelefons vereinigt der neue Zweiwegefernsprecher „masterset 113 mit zwei Leitungen“ von Siemens. Man kann damit während eines Gesprächs auf der zweiten Leitung Rückfrage halten und auch zwischen den Leitungen „makeln“. Das Bild zeigt rechts vom Tastwahlblock die beiden Leitungstasten mit jeweils zugeordneten Leuchtfeldern zum Signalisieren des Leitungszustands sowie Trenntasten.



Siemens-Pressbild

Unterbringung der Auszubildenden zum Fernmeldehandwerker (Azb Ft) des Prüfungsjahrgangs 1982

Aus den zur Verfügung vom 21. April 1982 vorgelegten Berichten geht hervor, daß in den Bezirken Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Kiel und Münster Azb Ft des Prüfungsjahrgangs 1982, denen bisher weder im eigenen Bezirk noch in fremden Bezirken ausbildungsgerechte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden konnten, an einem überbezirklichen ausbildungsgerechten Einsatz interessiert sind.

Danach ist es abschließend möglich geworden,

a) durch Erhöhung des Bedarfs im Bemessungsbereich TBz bei der Oberpostdirektion Frankfurt,

b) durch die Einrichtung weiterer Montagetrupps für Übertragungstechnik in den Bezirken Bremen, Frankfurt, Hannover/Braunschweig, Koblenz, Köln, München, Nürnberg und Regensburg sowie

c) durch eine Erhöhung der eaKr-Quote für den in Rede stehenden Zweck in den Bezirken Frankfurt, Freiburg und Köln

auch diesen AzbFt ausbildungsgerechte Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.

Die Quoten für den überbezirklichen Einsatz werden in der Anlage bekanntgegeben (326a A 1669/Azb Ft vom 23. Juni 1982).

Verwaltungsrechtsstreite von Betriebs- und Volkswirten gegen die Deutsche Bundespost wegen Zuordnung ihres Eingangsamtes zur Besoldungsgruppe A 9

Beim Bundesverfassungsgericht ist inzwischen eine entsprechende Verfassungsbeschwerde anhängig, über die voraussichtlich noch in diesem Jahr entschieden wird. Diese Entscheidung wird für die beamtenrechtlichen Verwaltungsrechtsstreite grundlegende Bedeutung haben. In der Klagerwidmung zu solchen Rechtsstreiten ist lediglich auf die anhängige Verfassungsbeschwerde hinzuweisen und bei Gericht das Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes anzuregen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wird zu gegebener Zeit bekanntgegeben (314-2 A 6171 vom 21. Juni 1982).

Deutsche Post Nr. 15-16 · 20. 8. 1982

Aus der Chronik der VDFP „Vor 30 Jahren“

BFt-Vereinigung
Unterfranken

Würzburg, den 1. April 1951

An alle
BFt-Kollegen und Anwärtler
im Bundespostgebiet

Aufruf zum Meinungsaustausch und zur Gründung von BFt-Vereinigungen im Bundespostgebiet

(1) Wir erleben in der Fernmeldetechnik einen unverständlichen Gegensatz. Einerseits entwickelt sich die Technik zu einer fast nicht mehr übersehbaren Vielgestalt. Als man das noch heute gültige Besoldungsgesetz vom 16. 12. 1927 schuf, ahnte noch niemand, daß der BFt-Beamte in seiner Leistungsfähigkeit ungeheuer strapaziert werden würde. Im Sauseschritt komplizierten sich die vorhandenen Techniken, andere entstanden, weitere sind im Kommen und die Entwicklung ist nicht abzusehen.

Heute beschäftigen wir uns mit der Wähl- und Fernamts-technik, den kleinen und großen Nebenstellenanlagen, der Niederfrequenz- und Trägerfrequenztechnik bis zum Fernsehen, den Dezimeterwellenstationen, der Funktechnik, der Wechselstrom- und Unterlagerungstelegraphie, der TW-Technik, der Technik der Fernschreibnetze und ihrer Apparate, der Arbeit in den Fachwerkstätten der Fernmeldezentral- und Fernmeldezeugämter, um nur einen Teil unserer Arbeitsgebiete zu nennen.

Andererseits müssen die Betriebstechniker – vornehmlich BFt-Kräfte – als Erhalter und Erfüller, als tatsächliche Praktiker dieser so reichen, vielgestaltigen Techniken erleben, wie ihnen die ideelle und materielle Anerkennung versagt geblieben ist.

Die Bezahlung der BFt-Kräfte steht in keinem Verhältnis zu der von ihnen geforderten Leistung.

Die mangelnde Achtung vor unserer BFt-Beschäftigung als einer handwerklichen, geistigen und schaltungstechnischen Leistung ist eine merkwürdige und bedauerliche Erschei-

nung. Es ist scheinbar noch nicht genügend erkannt worden, daß unsere Arbeit eine solche am Nervensystem des modernen Staates ist, oder glaubt man, daß die Fäden des Fernmeldenetzes etwas anderes sind? War der Zusammenbruch im Jahre 1945 und die einmalige Initiative der maßgeblich beteiligten BfT-Kräfte beim Wiederaufbau unseres Fernmeldewesens aus Schutt, Asche und Zerstörung nicht ein Anschauungsbeispiel erster Güte? Hungernd, frierend und selbstlos setzte sich unsere Berufsgruppe ein, gab sich bis zur Währungsreform mit einem Trinkgeld zufrieden, immer in der Hoffnung, daß ihre Leistung und Haltung das Personalamt und das Finanzministerium früher oder später zur Abstellung unserer Unterbewertung veranlassen würden.

(2) Wir sind der Meinung, daß unsere Geduld aufgezehrt ist und daß wir etwas für unsere Anerkennung, unsere Bezahlung und unser Fortkommen tun müssen. Es könnte sonst sein, daß unser Schweigen, unsere Passivität als eine Zustimmung, als ein Einverständnis, als eine Zufriedenheit mit unserer Lage aufgefaßt wird.

Es fehlte in der Vergangenheit zwar nicht an einsichtigen Verwaltungsbeamten und Kollegen, die sich um unsere Besserstellung bemühten und ihre Gedanken in Zeitschriften publizierten. Wir erwähnen hier besonders den eindringlich geschriebenen Artikel des Kollegen Nitschke aus Frankfurt/Main, der im Februar 1950 in der Zeitschrift „Deutsche Post“ unter dem Titel „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert!“ erschien und berechtigtes Aufsehen erregte.

Leider kam es nicht zur Tat. Damals nicht und bis heute nicht. Gewiß, Berufsverbände schalteten sich ein. Sie kämpften bekannterweise schon viele Jahre für uns und für andere. Aber, indem der eine hier, der andere dort und ein dritter überhaupt nicht „organisiert“ ist, fehlt unserer Berufsgruppe die eigentliche Stoßkraft. Wir sind in Wahrheit eine in Gruppen aufgelöste, in sich zersplitterte Minderheit ohne Kraft und Schwung.

(3) Was uns fehlt, ist der Gedankenaustausch und die Koordinierung unserer Auffassungen. Der Lebenskampf und die Entwicklung der Menschheit im Zwanzigsten Jahrhundert führt mit zwingender Tendenz zum Zusammenschluß. Die Zeit der Einzelgänger und Einzelaktionen ist vorbei!

Uns schwebt deshalb der Zusammenschluß aller BfT-Kollegen im Bundespostgebiet als eine Notwendigkeit ersten Ranges vor.

Es genügt eben nicht, etwas nur zu erkennen: Die Erkenntnis muß verwirklicht und zur Tat gesteigert werden.

(4) Unsere Meinung über Sinn, Zweck und Zielsetzung der Gewerkschaften ist eindeutig. Danach haben die Gewerk-

schaften ganz allgemein Lebensstandard und Arbeitsbedingungen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten nach volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten zu vertreten und durchzusetzen.

(5) Aufgabe unserer BfT-Vereinigung jedoch wäre es, unsere ureigensten, internen Probleme (Gehaltseinstufung, Dienstpostenbewertung und dgl.) durch direkte Verhandlungen und Dienstbesprechungen unserer BfT-Vertreter – g. F. unter Zuziehung der Betriebsräte – mit den zuständigen Stellen des Bundespostministeriums und des Personalamtes zu regeln.

Diese Aufgabenstellung ergibt sich u. a. aus der Tatsache, daß der Beamte, rechtlich gesehen, weder ein Arbeitnehmer noch ein Arbeitgeber ist. Er ist vielmehr ein indirekt vom Volke beauftragter Träger und damit ein Diener des Staates.

So gehört z. B. der in langen Jahren gereifte und im Betrieb das Detail beherrschende BfT-Beamte als Telegraphenwerkmeister, Telegraphenoberwerkmeister oder Betriebsinspektor an die Spitze der Betriebe (ÄStBz, VStW, VerstÄ usw.) und nicht – wie sich die Entwicklung anbahnt – ins Exil.

Unsere Verwaltung sollte dem Druck der Schulen nicht zu weitgehend nachgeben. Der handwerklich geschulte Mensch will auch leben. Hat er in der Vergangenheit enttäuscht? Weshalb also die Kursänderung in der Personalpolitik?

(6) Wir stellen die knapp gestreiften Probleme zur Diskussion und bitten die Vervollständigung unserer Darstellung selbst zu übernehmen.

Wir empfehlen die Gründung örtlicher BfT-Vereinigungen, deren Zusammenschluß, Sitz und Vorstand zu gegebener Zeit gemeinsam vereinbart werden soll. (Anmeldung bei Behörden sind nicht notwendig; insbesondere Kosten und Gebühren entstehen hierfür keineswegs. Wir erheben von unseren Mitgliedern in Unterfranken grundsätzlich keinen Dauerbeitrag, sondern nur Unkostenbeiträge im Bedarfsfalle.)

(7) Die Kollegen unseres Kreises Unterfranken traten der BfT-Vereinigung bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1950 spontan zu fast 100 % bei. Sie begrüßen es als einen Fortschritt und als eine längst fällige Notwendigkeit, daß sie nunmehr die Probleme unserer Berufsgruppe unter sich diskutieren und aktiv an der Schaffung, Sicherung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen mitarbeiten können.

Dabei lehnen wir die Verfolgung politischer oder konfessioneller Ziele ab, widmen uns vielmehr zusätzlich der Berufsberatung, Berufsfortbildung und vor allem der Pflege eines gesunden Gefühls menschlicher und beruflicher Zusammengehörigkeit.

Wir wünschen **Ihren Organisatoren** gleichen Erfolg und erbitten Ihre baldige Nachricht über Ihre Meinung und Arbeit.

Mit kollegialen Grüßen!
gez. F. Wolf (TMW)

Anschrift

Die Zeitung erscheint vierteljährlich.
Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1
im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post
e.V. – Der Bundesvorstand – 6000 Frankfurt/Main 1, Postfach
4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Vollmerswertherstr. 29, 4040 Neuss 1, Telefon
privat 02101 / 35550; Waldemar Hörle, Gerhard-Hauptmann-
Ring 137, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon 0611 / 571655,
dienstl. 06196 / 4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt
die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 4 / 1982

17. Jahrgang

Bundesdelegiertentag 1982

Auszug aus dem Fachreferat

Seite 1

Auszug aus dem Geschäftsbericht

Seite 3

Neuwahl des Bundesvorstandes

Seite 3

Voraussichtlicher Stellenplan

Seite 4

Aus den Bezirken

Seite 4

Aus den Arbeitsgruppen

Seite 6

Der Bundesdelegiertentag der VDFP vom 11. bis 13. Nov. 1982 in Frankfurt/Main

111 Delegierte aus dem Bundesgebiet waren in Frankfurt (Haus Ronneburg) zur 25-Jahrfeier des Bestehens des Bundesvorstandes, einer bis dahin nur auf Bezirksebenen bestehenden Berufsgruppenvertretung, versammelt.

Als ehemalige Mitglieder des 1. Bundesvorstandes konnten wir die Kollegen Georg Boß, Engelbert Fischer, Rudolf Klein und August Dänner begrüßen.



Der Bundesvorsitzende während der Begrüßung des Kollegen August Dänner, dem „Vorsteher“ unserer Geschäftsstelle in Frankfurt.

Die Eröffnung der Sitzung und die Begrüßung der Versammlung erfolgte durch den scheidenden Vorsitzenden der BV Hessen, Josef Rieger, der alle Teilnehmer willkommen hieß und die Ehrengäste vorstellte. Als Gäste konnten begrüßt werden:

Dipl.-Ing. Rolf Stingel, Vizepräsident der OPD Frankfurt in Vertretung des Präsidenten der OPD Frankfurt

Dipl.-Ing. Ronald Dingeldey, Präsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes, Darmstadt
MinR Dipl.-Ing. Klaus Hoffmann, Referat 241, BPM, Referent
PDir Walter Hustedt, Projektleiter 3230, BPM

Dipl.-Ing. Franz Joseph Henkel, OPDir, AV des FA Taunus
Dipl.-Ing. Friedrich-Wilhelm Schollmeyer, OPDir, AV des FA Darmstadt
Dipl.-Ing. Helmut Lorenz, OPDir, AV des TA Ffm

Dipl.-Ing. Ernst von Jasienicki, UAbtL 2a, OPD Ffm
OPDir Jakob Weber, AV des FZA Heusenstamm, zugleich Vertreter des VDPI-Vorstandes

Eckhard Jüds, Hauptpersonalrat beim BPM

MdB Gerhard O. Pfeffermann, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

MdB Peter Paterna, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

MdL Walter Korn, CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Manfred Friedrich, CDU-Stadtverordnetenfraktion, Frankfurt

Frau Lilli Pölt, SPD-Stadtverordnetenfraktion, Frankfurt

Achim Möhlmann, Hauptvorstand der DPG, Abt. Fernmeldewesen

Dipl.-Ing. Akstaller, Stellvertretender Vorsitzender des DPV

Horst Lipperheide, Stellvertretender Vorsitzender der Christlich-demokratischen Postgewerkschaft

Andreas Damian überbrachte in Vertretung für den Bundesvorstand die Glückwünsche für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Karl Fischer. Er unterstrich seine Glückwünsche mit der Überreichung eines persönlichen Geschenkes.



Karl Fischer dankte mit bewegten Worten und gab diesen Dank an alle Mitglieder der BVST weiter. Danach gab Karl Fischer einen kurzen geschichtlichen Rückblick zum Bestehen der Vereinigung, analog zum Bestehen des Telefons.

Im ersten Teil seines Festvortrages ging der Bundesvorsitzende auf die geschichtliche Vergangenheit der VDFP ein. Er schilderte insbesondere die erfolgreiche Arbeit der vergangenen 25 Jahre. In der Broschüre „100 Jahre mittlerer technischer Dienst – 25 Jahre Bundesvorstand der VDFP“, die in einer Neufassung zum Delegiertentag erschienen ist, kann darüber ausführlich nachgelesen werden.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen wurden besonders die Probleme der Zukunft angesprochen. Insbesondere wurde die ungenügende Fortbildung und Information bei der Einführung neuer Techniken angeführt, auch schriftliche Unterlagen für das Personal seien nicht vorhanden. Die überhastete Einführung der zum größten Teil unausgereiften neuen Techniken führt zu Schwierigkeiten, die auch dem Kunden nicht zugemutet werden sollten.

Die schnelle Einführung neuer Techniken bei der DBP, als Exportunterstützung für die Deutsche Wirtschaft, ist kein akzeptabler Grund für die Schwierigkeiten, die der mittlere technische Dienst bei der Erledigung seiner Aufgaben bei der Inbetriebnahme sowie bei der späteren Instandhaltung hinnehmen muß, denn zusätzliche Bemessungen und Bewertungen sind für diese Schwierigkeiten nicht vorgesehen. Hierzu stellte der Bundesvorsitzende insbesondere fest: „Die Einführung theoretischer Techniken kostet ihren Preis, denn die neuen Techniken entbehren der praktischen Bewährung.“

Diesen Preis will die Bundespost ihrem Personal in Form von besserer Bemessung und Bewertung nicht zukommen lassen. Das Personal soll alles so nebenbei miterledigen. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Bundesvorsitzende außer vermehrten Fortbildungsmöglichkeiten, auch technische Beschreibungen zur Verfügung zu stellen und endlich auch Weiterbildungsmaßnahmen einzuführen.

Er beendete seine Ausführungen mit einem Dank an die anwesenden Mitglieder des 1. Bundesvorstandes und überreichte ihnen eine kleine Ehrengabe.

Grußworte wurden abgegeben von den Vertretern der Parteien, Pfeffermann (MdB - CDU/CSU) und Paterna (MdB - SPD) sowie Vertretern der OPD, des FTZ, die Herren Stingel und Dingeldey, dem Hauptpersonalratsmitglied Jüds, den Vertretern der Gewerkschaften Möhlmann (DPG), Akstaller (DPV) und Lipperheide (CGP), der Stadtverordneten L. Pölt und ein schriftliches Grußwort des Ministers Dr. Schwarz-Schilling.

Im Anschluß an die Grußworte, hielt Dipl.-Ing. K. Hofmann, Ministerialrat beim BPM, ein Referat zum Thema „Neue Kommunikationsmöglichkeiten und Techniken im Fernmeldewesen der DBP“. Darin führte er unter anderem aus:

„Der wohl in den letzten Jahren bedeutendste technologische Fortschritt war der Durchbruch bei der wirtschaftlichen Realisierung hochintegrierter Schaltkreise. In der über 30jährigen Entwicklung seit der Erfindung des Transistors hat die Halbleitertechnologie inzwischen einen Stand erreicht, deren Auswirkungen auf Fertigung, Betrieb und Anwendungen bei Kommunikationssystemen heute kaum abschätzbar sind. Ausschlaggebend für diese Fortschritte waren letztlich die Impulse, die von Weltraumfahrt und Satellitentechnik ausgegangen waren. Zur Einsparung von Volumen und Gewicht bestand hier stets der Zwang zur Miniaturisierung von Bauelementen und Baugruppen.

Die Themastellung beinhaltet zweierlei Aspekte: Auf der einen Seite stellt sich die Frage nach neuen Kommunikationsmöglichkeiten, also die Frage nach neuen Leistungsmerkmalen bzw. nach neuen Fernmeldediensten. Auf der anderen Seite ist die Frage, mit welchen neuen Techniken läßt sich solches denn realisieren oder anders gefragt, welche neuen Möglichkeiten bietet die technologische Entwicklung. Die letztere Frage könnte gleich zu Beginn dahingehend beantwortet werden, daß in der Vermittlungs- und Übertragungstechnik in zunehmendem Maße digitale Technik zum Einsatz kommen wird. Eine keineswegs neue Feststellung. Es gilt jedoch nunmehr, die Leistungsfähigkeit und die Chancen der Digitaltechnik zu erfassen und wirtschaftlich zu nutzen; dies wird für das Fernmeldewesen zu einer Daueraufgabe und zu einer ständigen Herausforderung werden. So betrachtet, möchte ich folgerichtig das Thema dahingehend eingrenzen, wenn ich im folgenden von neuen Kommunikationsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des Einsatzes digitaler Technik spreche ...“



Wir möchten uns von hier aus, für das informative Referat nochmals bedanken.

Der neue Bezirksvorsitzende der BV Hessen, Helmut Befort, beendete nach dem Referat mit folgenden Worten den ersten Sitzungstag. „Die VDFP hat einen schweren Stand in der heutigen Zeit mit der Forderung nach zeitgemäßer Aus- und Fortbildung. Nur Forderungen zu stellen, wäre für die Zukunft falsch, dies läßt sich nur durch aktive Mitarbeit im Berufsbildungsausschuß realisieren.“

★ ★ ★

Der 2. Sitzungstag wurde durch den Bundesvorsitzenden Karl Fischer eröffnet. Die vorliegende Tagesordnung wurde verlesen und einstimmig von der Versammlung genehmigt. Der vorliegenden Geschäftsordnung für den BDT 80 wurde stattgegeben und mit der Führung der Tagesleitung folgende Kollegen betraut: B. P. Reimann, K. Wetzlar, R. Klein, G. Huber, K. Fischer.

Die Wahl der Antragskommission wurde vorgenommen und der Empfehlung des Bundesvorstandes wurde entsprochen, da diese Kollegen schon am 25. 11. 80 mit der Beratung der Anträge beschäftigt waren. Folgende Kollegen waren in der Antragskommission: F. Roschkowski, W. Mager, M. Wilhelm, R. Klug.

Für die Wahl der Mandatsprüfungskommission wurden folgende Kollegen gewählt: F. Hermkes, E. Wehner.

Sie stellten fest, daß bei der Überprüfung von insgesamt 111 Delegiertenkarten 79 ordentliche Delegierte, 17 Gast-Delegierte und 15 Kollegen vom Bundesvorstand anwesend waren.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde von Karl Fischer vorgetragen. Er schilderte die umfangreiche Arbeit der zurückliegenden 2 Jahre, wobei er in diesem Zusammenhang eine mehr als gute Zusammenarbeit mehrerer Kollegen und deren persönliches Engagement hervorhob.



Den Kassenbericht gab der Kollege Scheiterlein ab. Ihm wurden durch die Kassenprüfer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung bestätigt. Sie beantragten gleichzeitig, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.



Der Bundesvorsitzende begrüßt den Ehrenschriftführer, Kollege Rudolf Klein. Der jetzt 80jährige Kollege ist bei jeder Sitzung nicht nur dabei, er ist auch aktiver Teilnehmer allen Geschehens unserer Vereinigung.

Der nächste Tagesordnungspunkt brachte die Entlastung des gesamten Bundesvorstandes; sie wurde auf Antrag einstimmig ausgesprochen.

Bei den nun anstehenden Wahlen zum Bundesvorstand wurden folgende Kollegen gewählt:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| Bundesvorsitzender | Karl Fischer (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 33 90
F.: p. 0611 / 73 48 87 |
| Stellvertretender Bundesvorsitzender | Peter Behrend (BV Berlin), Berlin
F.: d. 030 / 691 66 25
F.: p. 030 / 832 64 02 |
| 2. Stellvertreter | Andreas Damian (BV Rheinland), Bendorf
F.: d. 0261 / 490 46 92
F.: p. 02622 / 34 34 |
| 1. Schriftführer | Bernd-Peter Reimann (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 42 91
F.: p. 0611 / 63 92 83 |
| 1. Kassierer | Hermann Scheiterlein (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 33 46
F.: p. 0611 / 277 72 78 |
| 2. Schriftführer | Franz Hermkes, Neuss |
| 2. Kassierer | Kurt Wetzlar, Frankfurt |

Bei der Nominierung der Beisitzer mußte durch Stichwahl entschieden werden, welche der 6 Kandidaten die neuen Beisitzer-Posten bekleiden werden.

Mit dem Amt wurden betraut:

J. Rieger, F. Roschkowski, E. Wehner, H. Maier, G. Huber, K. Haas

Als Kassenprüfer wurden gewählt:

Für die Kasse des Bundesvorstandes die Kollegen H. Befort und V. Thierfelder.

Die Kassenprüfer für die Arbeitsgruppe Werbung und Information sind die Kassenprüfer der Bez. Ver. Rheinland.

Über 20 Anträge wurde, wie bereits berichtet, am 10. 11.

beraten. Als Arbeitspapier wurden 12 dieser Anträge den entsprechenden Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt. Dem Bundesvorstand wurden 3 Anträge zugeleitet. Zwei Anträge wurden abgelehnt und 3 zurückgezogen oder als erledigt abgelegt.

Ein Initiativantrag der BV Hamburg wurde abgelehnt.

Zum Abschluß der Tagung ergab sich unter Punkt „Verschiedenes“ noch eine lebhaft Diskussions, die mit den besten Vorsätzen für die künftigen Aufgaben sowohl in den Bezirksvereinigungen als auch im Bundesvorstand beendet wurde.

Das Schlußwort sprach der Bundesvorsitzende Karl Fischer, der sich bei den Delegierten für ihre Mitarbeit bedankte.

22.000 Transistoren auf 37,9 mm² Chipfläche: Dieser „Telefonbaustein“ (PEB 2050) für künftige digitale Vermittlungssysteme bildet die Schnittstelle zwischen den Teilnehmeranschlüssen und den PCM-Leitungen bzw. der zentralen Steuerung. Bis zu 16 Telefonteilnehmer können so von einem einzigen Schaltkreis bedient werden.



Siemens-Presebild

Auszug aus dem Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

Über die nach der Neuwahl des Bundesvorstandes stattgefundene Beratung der Anträge kann aus Platzgründen hier nicht berichtet werden. Interessierte Kollegen bitten wir, sich mit den Delegierten in Verbindung zu setzen. Über die Erledigung der Anträge berichten wir in den folgenden VDFP-Nachrichten.

Berichtszeitraum vom Bundesdelegiertentag 1980 bis Bundesdelegiertentag 1982

I. Sitzungen des Bundesvorstandes

- | | |
|-----------------------|-------------------------|
| 1) 07. 02. 81 | Konstituierende Sitzung |
| 2) 08. und 09. 05. 81 | 5) 30. 01. 82 |
| 3) 04. 07. 81 | 6) 23. und 24. 04. 82 |
| 4) 07. 11. 81 | 7) 02. 10. 82 |

II. Rundschreiben

- | | | |
|---------------|----------------|----------------|
| 1) 27. 01. 81 | 6) 20. 07. 81 | 11) 13. 12. 81 |
| 2) 08. 02. 81 | 7) 16. 08. 81 | 12) 07. 03. 82 |
| 3) 14. 03. 81 | 8) 27. 09. 81 | 13) 28. 03. 82 |
| 4) 12. 04. 81 | 9) 06. 10. 81 | 14) 09. 05. 82 |
| 5) 03. 06. 81 | 10) 26. 10. 81 | 15) 19. 07. 82 |

III. Fachgespräche und Tagungen

- 1) Gespräch der Arbeitsgruppe UFe am 12. 11. 80 im BPM
- 2) Gespräch der Arbeitsgruppe PIL am 14. 01. 81 im FTZ
- 3) Tagung der Arbeitsgruppe FeE am 14. 01. 81 in Ffm
- 4) Gespräch des Bundesvorstandes mit dem Vorstand des DPV am 25. 03. 1981 in Bonn

- 5) Tagung der Arbeitsgruppe EDS/EWS/DIV am 12. und 13. 03. 81 in München
- 6) Tagung der Arbeitsgruppe PIL am 08. und 09. 04. 81 in Lehrte
- 7) Vorsitzendentreffen am 21. und 22. 05. 81 in Hamburg
- 8) Tagung der Arbeitsgruppe Pt am 16. 07. 81 in Ffm
- 9) Gespräch der Arbeitsgruppe Pt am 22. 07. 81 im BPM
- 10) Tagung der Arbeitsgruppe Pt am 10. 09. 81 in Ffm
- 11) Tagung der Arbeitsgruppe Pt am 11. und 12. 02. 81 in Ffm
- 12) Vorsitzendentreffen am 13. und 14. 05. 82 in Fulda

IV. Wichtigster Schriftverkehr

- 1) Schreiben vom 15. 01. 81 an das BPM; betr. A 9z, Tätigkeitszuweisung; Vorschlag nach Einbeziehung der Aufgabenträger 383 11, techn. Aufsicht UFe
- 2) Stellungnahme der VDFP an das BPM vom 02. 03. 81 zum Entwurf für die Personalbemessung FeE
- 3) Schreiben vom 06. 04. 81 an das BPM; betr. Fachbereich Pt
- 4) Schreiben vom 28. 07. 81 an das ZDF; betr. Sendung über Beamte vom 15. 07. 81 im ZDF
- 5) Schreiben vom 28. 07. 81 an den ParlStS Becker, BPM, betr. der Einkommensverluste bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis
- 6) Schreiben vom 28. 07. 81 an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, betr. der Einkommensverluste bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis
- 7) Schreiben an das BPM vom 15. 02. 82; betr. öffentlich-rechtlicher Ausbildungsabschluß für den BfT-Dienst
- 8) Schreiben an den Berufsbildungsausschuß beim BPM vom 15. 02. 82; betr. öffentlich-rechtlicher Ausbildungsabschluß für den BfT-Dienst
- 9) Schreiben an das BPM vom 24. 03. 82; betr. Verwendungsaufstieg nach § 29 BLV
- 10) Schreiben an das BPM vom 13. 6. 82; betr. Umschichtung von Dp CFt nach BfT

Zur Erleichterung des Telefonierens bietet Siemens eine Palette von speziellen Geräten an, bei denen vor allem die Elektronik zu vielfältigem Komfort verhilft.



Siemens-Pressesbild

Abschließend auch einige wichtige Zahlen:

Der Stellenplan 1983 bringt, wie bis jetzt bekannt, für den

mittleren technischen Dienst insgesamt zusätzliche

847 Planstellen,

die im Laufe des Jahres 1983 zu folgenden Beförderungsmöglichkeiten führen werden:

nach A 6	783	nach A 9	73
nach A 7	665	nach A 9z	22
nach A 8	336		

(Die nächste Planstellenverteilung ist voraussichtlich am 01. 01. 1983)

W.Hö.

★ ★ ★

Aus den Bezirken:

Bezirk Nordwürttemberg

Die Vertreter der über 1.000 Mitglieder unserer Bezirksvereinigung hatten sich am 25. 5. 82 in der Gaststätte „Am Hartwald“ in Stuttgart-Oeffingen zum Bezirksdelegiertentag eingefunden. Angesichts der anstehenden Probleme war bei manchem Teilnehmer die Gemütsverfassung nicht so heiter, wie das Wetter an diesem Tag.

In seiner Eröffnungsansprache umriß Koll. Pletschacher kurz einige der drängenden Probleme der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes: Zu den laufenden Sorgen, die aus Bemessung, Bewertung, dem steigenden Prozentsatz der Nichtverbeamtungswilligen, Spaltung des TBz, unbefriedigende Regelung des Verwendungsaufstiegs, Kürzung der Fortbildung etc. entstehen, kommt die Hauptsorge auch des mittleren technischen Dienstes, die beginnende Aera der Elektronik und Digitalisierung, kurz der sich überstürzenden neuen Techniken.

Diese bringen zweifellos eine Personalrationalisierung mit sich, aber es ist, wie schon immer bei Einführung neuer Techniken, eine unbegründete Überbewertung der Tätigkeiten in Richtung CFt-Dienst feststellbar. Dies ist dem BfT-Dienst, der bisher noch mit jeder neuen Technik schnell und bestens fertig geworden ist, doch recht unverständlich. Eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Vereinigung muß deshalb sein, dem BfT-Dienst einen seiner Bedeutung und seiner Lern- und Anpassungsfähigkeit entsprechenden Platz in der sich verändernden Technik zu sichern. Kollege Pletschacher nannte zwei Stoßrichtungen: Die Technikerlaufbahn mit der Techniker Ausbildung und der fundierte Nachweis, daß BfT-Kräfte noch wesentlich mehr können, als ihnen von der Verwaltung unterstellt wird.

In seinem Grußwort betonte Vizepräsident Dipl.-Ing. Burkhart, daß er der Einladung der VDFP nicht nur von Amts wegen, sondern mehr noch aus einer herzlichen Verbundenheit mit dem BfT-Dienst heraus gerne gefolgt sei.

Er zeichnete ein Bild der gegenwärtigen Lage des Unternehmens DBP, dessen Unternehmensleitung aber durch die besondere Stellung der DBP als öffentliche Verwaltung nicht voll ungebunden handeln könne. Die DBP zahle zwar keine Einkommensteuer, dafür aber eine Abgabe an den Bund. Mit einer Einflußnahme der Politik auf das Unternehmensgebaren muß die DBP leben. Gefahr droht aus der nicht enden wollenden Diskussion um die Monopolstellung der DBP.

So setzt sich der neue Bezirksvorstand zusammen (Rufnummern hinter den Namen signalisieren die Bereitschaft zum Gespräch mit jedwedem Anrufer):

1. Vorsitzender Wolfgang Bauer FA 1 Stgt
Tel. (0711) 8100-381
1. Stellvertreter Hans Maier FA Gpng
Tel. (07161) 62-505
2. Stellvertreter Erwin Rathgeb FA Ulm
Tel. (0731) 100-5571

Bezirk Nordbaden

Neue Laufbahnstruktur gefordert

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker 30 Jahre alt

Karlsruhe (map). Der revolutionäre Wandel auf dem Sektor der Nachrichtentechnik führte in den vergangenen Jahrzehnten zu einer völligen Veränderung der Aufgabenstellung des mittleren technischen Dienstes bei der Bundespost. Mit dem Problem einer neu zu ordnenden Berufs- und Laufbahngruppe beschäftigt sich seit 30 Jahren für die Bezirke Nordbaden und Pfalz die „Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post“ (VDFP).

In einer Feierstunde anlässlich ihres 30jährigen Bestehens wies insbesondere der Bundesvorsitzende der VDFP, Karl Fischer, auf die Notwendigkeit einer neuen Laufbahnordnung im mittleren technischen Dienst hin. „Durch Rückstufungen in der Hierarchie gäbe es mehr Stellen an der Basis.“ Außerdem könne durch eine Laufbahnkorrektur Geld eingespart werden, so der Bundesvorsitzende.

Konkret fordert die VDFP eine aufgabengerechte und nach der Zukunft orientierte Einführung einer staatlich anerkannten Technikerlaufbahn bei der Bundespost. Die vor der Einführung stehenden neuen Medien wie Bildschirmtext, Breitbandkommunikationstexte (Glasfasertechnik), Datenübertragungssysteme und Satellitenfunk verlangen im Interesse des Kunden praxisorientierte Mitarbeiter bei der Post. Aber „Für neue Techniken müßte erst der alte Schwanz von Laufbahnen aufgehoben werden.“

SÜDWESTECHO
vom 11. Nov. 1982

Bezirk Südbayern

Mehr Technik im Fernmeldedienst

Bezirksdelegiertentag der VDFP – Viele Neuentwicklungen

Die Bezirksvereinigung Südbayern der „Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.“, der Berufsgruppenvertretung des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost (VDFP), hielt in München ihren Bezirksdelegiertentag '82 ab.

Vor über 30 Delegierten aus dem südbayrischen Raum erläuterte Oberpostdirektor Schorer die Situation des mittleren technischen Dienstes im Bezirk der Oberpostdirektion München. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß sich seit 1973 die technischen Einrichtungen im Fernmeldedienst um 113 Prozent vermehrt hätten, was mit einer Erhöhung des Personalbestandes von nur 19 Prozent im gleichen Zeitraum bewältigt wurde. Einen entscheidenden Anteil bei der Erledigung der angefallenen Aufgaben haben nach seinen Worten die Beamten des mittleren technischen Dienstes geleistet.

Im Hauptreferat der Veranstaltung sprach als Gastredner der Vorsitzende der Bezirksvereinigung Hessen, Josef Rieger, zuerst über technische Neuentwicklungen im Bereich der Fernsprechtechnik und deren negative Auswirkungen für das Personal bei der deutschen Bundespost. Danach referierte Rieger über die Problematik der Personalbemessung und welche Möglichkeiten sich für die VDFP ergeben, hier mitzuwirken bzw. Verbesserungen für die Beamten des mittleren technischen Dienstes zu erreichen.

In der anschließenden Diskussion mit beiden Referenten wurden die immer höher werdenden finanziellen Übernahmeverluste der Fernmeldehandwerker, die sich ins Beamtenverhältnis übernehmen lassen, angesprochen. Auch kritisierte man die sehr langen Wartezeiten auf Beförderungen nach Übertragung der Dienstposten. Bundesvorsitzender Karl Fischer erklärte, daß die Beamten des mittleren technischen Dienstes bereit sind, auch die in Zukunft auf sie zukommenden Aufgaben optimal zu erledigen, daß sie aber auch ihre Forderung nach Einführung einer Technikerlaufbahn bzw. struktureller Verbesserungen durchsetzen wollen.

Bei den an diesem Tag durchgeführten Neuwahlen des Bezirksvorstandes wurde die bisherige Vorstandschaft fast vollständig wiedergewählt. Neben dem ersten Vorsitzenden Hans Fleischer sind auch der Schriftführer Franz Höllmüller, der Kassier Horst Mataushek und Jörg Sopp als Beisitzer beim Fernmeldeamt Traunstein beschäftigt.

Traunsteiner Wochenblatt
vom 23. 7. 82

Bezirk Rhein-Ruhr

Auf dem Bezirkstag der VDFP Bezirksvereinigung Rhein-Ruhr am 30. 9. 1982 in der OPD Düsseldorf, stellte sich der Vorsitzende der CDU Rheinland, Dr. Bernhard Worms, voll hinter das Berufsbeamtentum und führte aus: „Ein Staat ohne Berufsbeamtentum ist korrupt.“ Außerdem sagte Worms weiter, daß unser Staat vor einer großen Bewährungsprobe steht und daß unsere Wirtschaft in einem „Raketentart“ wieder nach oben gebracht werden muß. Dabei, so Worms weiter, muß der öffentliche Dienst beispielhaft mit einer Einkommensverbesserung von 2 % den ersten Schritt machen.

In seiner Erwiderung sagte Herbert Dissen, der wiedergewählte Vorsitzende der VDFP Bezirksvereinigung Rhein-Ruhr, unter dem Beifall der Anwesenden „der Beamte darf nicht das Sparschwein der Nation sein“. Danach forderte Dissen gleiche Bezahlung für Tarifkräfte und Beamte für gleiche Arbeit.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Bezirksvorsitzender Herbert Dissen,
Holzweg 40, 4232 Xanten 1
Tel. d.: 0281 / 02194
Tel. p.: 02801 / 1387

Stellvertreter Willy Mager
Allgäuerstraße 69, 4100 Duisburg
Tel. d.: 0201 / 1025205
Tel. p.: 0203 / 701572

Stellvertreter Jürgen Schmitz
Platz am Niedertor 18, 4040 Neuss 1
Tel. d.: 0211 / 7959441
Tel. p.: 02101 / 25677

Bezirk Hamburg

Außerordentliche Jahreshauptversammlung 1982 der Bezirksvereinigung Hamburg

Die außerordentliche Jahreshauptversammlung fand am 5. 10. 82 in der Kantine des FA 2 Hamburg statt.

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Der Bundesvorsitzende Karl Fischer, Walter Nickel, Wolfgang Wagner und Karl Gadau aus dem Bezirk Bremen.

Der Bundesvorsitzende Karl Fischer hielt ein Referat mit dem Thema:

„Gegen den Ausverkauf der Technik bei der DBP“

In seiner Ausführung riß er die Sachzwänge an, denen der mittlere technische Dienst bei der DBP unterworfen ist. Die wirtschaftliche Lage und die im Einsatz befindlichen Techniken und in Zukunft zu erwartenden wurden angedeutet. Die aus der Verquickung, Wirtschaft-Technik-Bundespost, auftretenden Schwierigkeiten für die Kollegen am Arbeitsplatz wurden an Beispielen erläutert.

Gebrandmarkt wurde auch das Verhältnis „Verkehrsaufkommen-Arbeitsplätze und die Folgen für das Personal“. Schon die Aussage, die DBP das große Versuchslabor der Industrie, gab zu denken. Als Beispiel diente das System „E W S“. In der Diskussion zeigte der Koll. W. Nickel, Bezirk Bremen, auf, wie man an der Gestaltung seines

Arbeitsplatzes im Hinblick auf die Techniken und die dazugehörige Ausbildung mitwirken kann. Kollege Nickel sieht die Möglichkeiten in der Mitarbeit in Ausschüssen und Arbeitsgruppen bis hin zum PTZ, FTZ und BPM.

Bei der anschließenden Wahl wurden folgende Kollegen gewählt.

1. Vorsitzender Fokko Rössner, PA 2, 114.2, Hamburg
Carl Petersenstr. 87A, 2000 Hamburg 26
Tel.: 040 / 8558/5217
1. Schriftführer Ludwig Maurer, PA 2, 172, Hamburg
Weidenstr. 4, 2083 Halstenbek
Tel.: 040 / 8558/5724
1. Kassierer Uwe Falk, FA 2 Hamburg BIL
Bahnhofstr. 7, 2000 Norderstedt
Tel.: 040 / 2288372
1. Beisitzer Paul Kutz, FA 2 Hamburg BF
Tilsiter Str. 6B, 2000 Hamburg 70
Tel.: 040 / 6923/365

Bezirk Pfalz

Die Jahreshauptversammlung der Pfälzer Kollegen war gekennzeichnet von der Neuwahl des Bezirksvorstandes und dem Referat des Kollegen Gerhard Huber vom Bundesvorstand.

Der bisherige 1. Vorsitzende Anton Duffy stand als Kandidat für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung, da er seit 81 im Ruhestand ist und er ist der Auffassung, daß dieses wichtige Amt von einem aktiven Kollegen wahrgenommen werden sollte.

Die Neuwahl erbrachte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Paul Freundörfer, FA Neustadt
BBi 87-536
In den Obergärten 37, 6730 Neustadt 18
Tel.: 06327 / 2748
2. Vorsitzender Paul Mang, FA Kaiserslautern FeÜ 87-448
Deutschherrnstr. 53, 6750 Kaiserslautern 32
Tel.: 0631 / 87-339
1. Schriftführer Anton Duffy,
Pfarrgasse 3, 6730 Neustadt 1
Tel.: 06321 / 83594

In seinem Referat bedankt sich Kollege Gerhard Huber für die Einladung und übermittelte die Grüße des Bundesvorstandes. Er zeigte sich erfreut über den zügigen Wahlvorgang bei dieser JHV.

Wie bei jeder Jahreshauptversammlung in allen Bezirken sind diese Mitglieder-Versammlungen natürlich mit mehreren TOP ausgefüllt und es wäre zu wünschen, daß allgemein mehr Mitglieder zu diesen Kollegen-Treffen kommen würden.

Doch allgemein gesehen, nahm diese JHV der Pfälzer einen harmonischen Verlauf.

Bezirk Nürnberg

Die BV Nürnberg führte am 16. Oktober 1982 ihre Jahreshauptversammlung in der Kantine des FA 2 Nürnberg durch.

Den Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes gab der 1. Vorsitzende Franz Lankes. Der Bundesvorsitzende Karl Fischer berichtete in seinem Referat über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den 25 Jahren seines Bestehens. Er stellte vor allem ein Schreiben des Koll. Wolf aus Würzburg heraus, das zur Gründung der Vereinigung auf Bundesebene

vor 25 Jahren beigetragen hat und jetzt zum Würzburger Papier erklärt worden ist. Der Koll. Wolf formulierte damals programmatische Sätze, die auch heute noch gelten.

Der Verfasser dieses Aufrufes, Koll. Wolf, war bei der Versammlung persönlich anwesend und zeigte sich sichtlich erfreut über diese Aufwertung seines Schreibens von 1951.

Die Neuwahlen des Bezirksvorstandes brachten folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Koll. Lankes, FA 2 Nbg
2. Vorsitzender Koll. Kohler, FA 2 Nbg
3. Vorsitzender Koll. Jakob, FA 2 Nbg

Bezirk Hessen

Am 29. 09. trafen sich im Frankfurter Haus Ronneburg die Delegierten der acht hessischen Ortsvereinigungen zum Delegiertentag 1982.

Der Bezirksvorsitzende, Kollege Josef Rieger, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die Gäste der OPD, den Bundesvorsitzenden der Vereinigung und die Vertreter des Bezirkspersonalrates, der DPG und des Deutschen Postverbandes.

Rieger sagte: „Allenthalben müssen wir jetzt schon wieder mit der Festschreibung in vielen Dienststellen leben. Eine neue Verfügung des BPM hat vielen Kollegen schlaflose Nächte bereitet, denn es geht um die Auflösung von Entstörungsstellen. Laut BPM soll dies bis 1985 abgeschlossen sein. Im OPD-Bereich Frankfurt werden demnach etwa sechs Entstörungsstellen gestrichen. Ist das vielleicht noch kundennah?“

Als ich mich für die Jahreshauptversammlungen der einzelnen OV vorbereitete und dort über Bemessung referierte, fiel mir folgendes auf und ich möchte es Euch einmal vorlesen:

– Es entspricht der sozialen Verpflichtung der DBP, dabei das Recht des Einzelnen auf Schutz seiner Arbeitskraft und Achtung der Menschenwürde zu berücksichtigen. Die Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers darf nicht überfordert werden! –

Ob diese Meinung des Verfassers auch heute noch Gültigkeit hat?“

In den Bezirksvorstand wurden gewählt:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Vorsitzender | Helmut Befort, FA Gießen |
| Stellv. Vorsitzende | Paul Heil, FA Fulda
Walter Breitenbach, FA Eschborn |
| Schriftführer | Herbert Kröck, FA Gießen
Hermann Czepa, FA Hanau |
| Kassierer | Volker Thierfelder, FA 3 Frankfurt
Ortwin Hackenberg, FA 3 Frankfurt |

Aus den Arbeitsgruppen

Arbeitskreis Pt Arbeitsgruppentagung im BPM

Im Rahmen einer Arbeitsgruppentagung wurden verschiedene Gespräche mit Referenten im BPM, über die Situation und Zukunft im Bereich der Posttechnik geführt. Die Gespräche wurden auf Initiative der Arbeitsgruppe Pt vereinbart und in sachlicher Diskussion geführt.

Es wurden dabei folgende Schwerpunkte behandelt:

- Personelle Entwicklungstendenz – Rationalisierung
- Berufsbild: Techniker
- Funktionsgruppenregelung

K. Haas



Neue Arbeitsgruppen beim Bundesvorstand

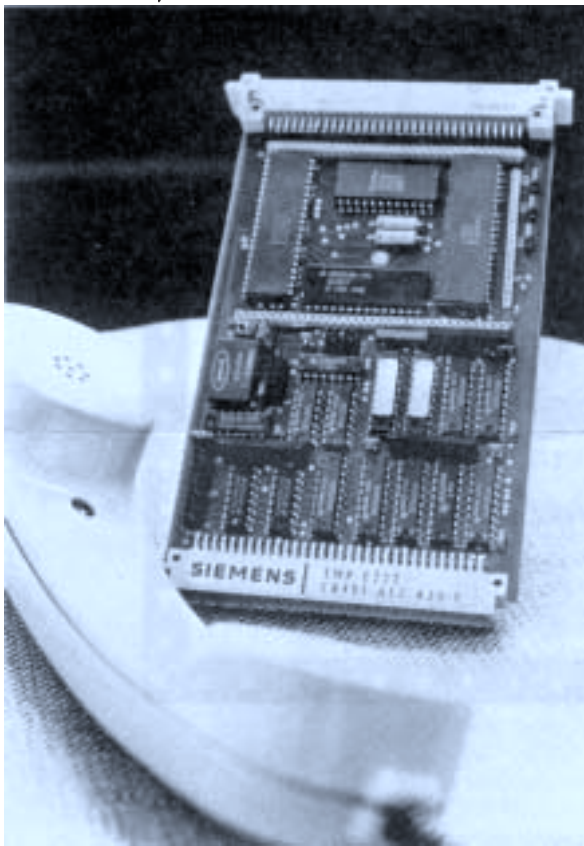
Es werden für die Arbeitsgruppe BK noch Kollegen der DSt BBz/TBz und PLF gesucht, die sich in diesem Arbeitsbereich betätigen.

Meldungen bitte an Willi Mager
Allgäuer Str. 69
4100 Duisburg

Der Arbeitskreis 384 SV sucht noch interessierte Kollegen zur Mitarbeit. Zur Zeit anstehende Fragen: Bewertung und Bemessung.

Die Meldungen sind zu richten an W. Hörle, Gerhardt-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt 50.

Mikrocomputer ans Telefon: Für das modulare Mikrocomputersystem SMP gibt es jetzt diese neue Baugruppe, um Daten mit einem Modem über das Fernsprechnetz übertragen zu können. Eine 64polige Basismesserleiste besorgt den Anschluß an den SMP-Bus, eine Frontmesserleiste gleicher Polzahl an die Peripherie.



Siemens-Pressbild

Allgemeines:

Das FA Taunus wird ab 01. 01. 1983 in FA Eschborn umbenannt. Die neue Anschrift lautet:

Fernmeldeamt
DSt . . .
Postfach 5000
6236 Eschborn

Bei sogenannter persönlicher Dienstpost ist der Name des Empfängers v o r die Anschrift des Amtes zu setzen.
(Die Telefon-Rufnummern bleiben unverändert.)

Zentrale betrieblich fachliche Fortbildungslehrgänge des Fernmeldewesens im Jahre 1983 Amtsblatt des BPM Nr. 142 Jahrgang 1982, Bonn, den 8. 11. 1982

Für Sie gelesen

Die Infrastrukturleistung der Post ist staatstragend

Andreas Damian zum fünften Mal im Bundesvorstand der Fernmeldetechniker

Vor 111 Delegierten der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. (VDFP) und zahlreichen Gästen aus dem Bereich der Öffentlichkeit bekundeten die großen Parteien, daß die Deutsche Bundespost im Bereich der Kommunikationsdienste eine staatstragende Infrastrukturleistung erbracht habe. Für das Mitwirken der Fernmeldetechniker in diesem für die Volkswirtschaft so wichtigen Dienstbereich und um die Verdienste um die VDFP wurde der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer (Ffm) mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Im Verlauf des Delegiertentages befaßten sich die Techniker mit den neuen Techniken, deren Planung, Erstellung, Unterhaltung und Entstörung. Zahlreiche Verfahrensvorschläge im Interesse des Kunden und der Beschäftigten wurden in Anträge gefaßt und weitergeleitet. Dies hat insbesondere Bedeutung auf die Einführung digitaler Vermittlungssysteme und integrierter Anlagen bei der DBP. Der alle zwei Jahre stattfindende Bundesdelegiertentag wählte Andreas Damian (Bendorf) zum fünften Mal als stellvertretenden VDFP-Bundesvorsitzenden. Mit Damian hat die VDFP einen energischen Verfechter gegen die Abgabe von Postdienstzweigen an Privatunternehmer.

*Bendorfer Zeitung
22. November 1982*

Am Samstag, den 13. 11. 1982 verstarb unser langjähriges Vorstandsmitglied

RICHARD RIESER

Er gehörte zu der Generation, die nach dem Kriege den Wiederaufbau des Fernmeldewesens bei der DBP nachhaltig mitgeprägt hat.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit lag ihm besonders die Vertretung seiner beruflichen Belange am Herzen. Aus diesem Bestreben heraus gehörte er zu den Mitbegründern der heutigen VDFP-Bezirksvereinigung Nordbaden, in deren Vorstand er jahrelang aktiv tätig war. Darüber hinaus war Kollege Rieser über zwei Jahrzehnte Mitglied des Bundesvorstandes. Sein Tod hinterläßt in beiden Gremien eine große Lücke, die nur schwer zu schließen sein wird.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.





Bundesverdienstkreuz für den Kollegen
Erwin Wehner, Darmstadt

Lieber Erwin!

*Zur Verleihung des Verdienstordens am Bande des
Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
möchten wir Dir herzliche Glückwünsche aussprechen,
verbunden mit dem Dank für Deine über 30jährige
Tätigkeit für die VDFP.
Besonders aber für Deinen Einsatz im Bundesvorstand.*

*Der Bundesvorstand der VDFP
gez. Karl Fischer*



Anschrift

*

*



Die Zeitung erscheint vierteljährlich.
Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1
im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post
e.V. — Der Bundesvorstand — 6000 Frankfurt/Main 1, Postfach
4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Vollmerswertherstr. 29, 4040 Neuss 1, Telefon
privat 02101 / 35550; Waldemar Hörle, Gerhardt-Hauptmann-
Ring 137, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon 0611 / 571655,
dienstl. 06196 / 4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt
die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Sonderausgabe

März 1982

Unser Schreiben an das BPM vom 25. 01. 1982 zum Thema:

» Verwendungsaufstieg gemäß § 29 BLV «

(nachzulesen in den VDFP-Nachrichten 1/1982, Seite 2)

wurde vom BPM mit Schreiben vom 10. 03. 1982 wie folgt beantwortet:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die in Ihrem Schreiben vom 25. 01. vertretene Auffassung, daß der Verwendungsaufstieg nach § 29 BLV mit erheblichen finanziellen Nachteilen verbunden ist, kann ich nur mit wesentlichen Einschränkungen teilen. Der Verwendungsaufstieg in eine Laufbahn des gehobenen Dienstes ist nämlich bereits aus Besoldungsgruppe A 9 vz möglich und hier eine Beförderung nicht nur im beamtenrechtlichen, sondern auch im besoldungsrechtlichen Sinne, weil mit dem Übertritt aus der Besoldungsgruppe A 9 vz in die Besoldungsgruppe A 9 neben dem gleichen Grundgehalt eine höhere Laufbahnzulage gezahlt wird.

Aber auch durch den Übertritt aus der Besoldungsgruppe A 9 vz + Z in die Besoldungsgruppe A 9 selbst entsteht noch kein Einkommensverlust. Erst durch das Warten auf die Einweisung in die Besoldungsgruppe A 10 kann bei einem in die Besoldungsgruppe A 9 (gehobener Dienst) aufgestiegenen Beamten gegenüber einem in der Besoldungsgruppe A 9 vz + Z verbliebenen Beamten eine vorübergehende Einkommensminderung entstehen, wenn sich der Beamte zum Zeitpunkt des Übertritts aus der Besoldungsgruppe A 9 vz + Z in die Besoldungsgruppe A 9 nicht im Endgrundgehalt befunden hat oder zwischenzeitlich lineare Besoldungsanhebungen eintreten. Diese Tatsache ist den Beamten, die den Verwendungsaufstieg in eine Laufbahn des gehobenen Dienstes anstreben, bekannt. Sie müssen daher selbst entscheiden, ob sie unter Inkaufnahme eventueller zeitlich begrenzter finanzieller Nachteile in den gehobenen Dienst aufsteigen wollen.

Eingangsam in den Laufbahnen des gehobenen Dienstes ist z. Z. für alle Beamten, die nicht das Abschlußzeugnis einer Ingenieurschule besitzen, die Besoldungsgruppe A 9. Die unmittelbare Beförderung eines Beamten der Besoldungsgruppe A 9 vz in die Besoldungsgruppe A 10 wäre nach meinen Ausführungen im ersten Absatz mithin ein Überspringen einer regelmäßig zu durchlaufenden Besoldungsgruppe. Hierzu besteht kein hinreichender Grund. Für diese Beamten kann daher beim Verwendungsaufstieg nur die Beförderung zum Inspektor in Betracht kommen. Gegenüber diesen Beamten wäre es ungerecht, Beamte A 9 vz + Z, die mit ihnen gemeinsam in die Aufgaben der neuen Laufbahn eingeführt wurden und deren Befähigung für die neue Laufbahn zum selben Zeitpunkt festgestellt worden ist, unter Umständen mehrere Jahre früher zum Oberinspektor zu ernennen. Ich habe bei dieser Sachlage, auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse beim Aufstieg vom einfachen in den mittleren Dienst, nicht die Absicht, den von Ihnen angelegten Antrag nach § 44 Abs. 1 Bundeslaufbahnverordnung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag gez. Unterschrift

Dem VDFP Bundesvorstand ist die

» Antwort des BPM ungenügend «

Da sie nur aus der Sicht der Verwaltung geschrieben ist, schildert sie nur die positiven Seiten und verharmlost vor allem die aufkommenden finanziellen Verluste.

Auf die menschlichen, finanziellen und sozialen Probleme, wie z. B. fortgeschrittenes Lebensalter, bei dem die Zuruhesetzung schon absehbar ist, oder die unter Umständen plötzlich auftretende Erkrankung, die zu einer Zuruhesetzung führt und die Besoldung der Beamten nach A 9 vz, wird überhaupt nicht eingegangen.

Die im BPM-Schreiben aufgeführte vorübergehende Einkommensminderung kann durchaus im Ruhegehalt zu einem dauernden Einkommensverlust führen, wenn man als Vergleich die Ruhestandsbezüge eines Beamten in der Besoldungsgruppe A 9 vz heranzieht.

Diese Tatsache ist den Beamten, die den Verwendungsaufstieg in die Laufbahn des gehobenen Dienstes anstreben, nicht bekannt gewesen.

Der Verwendungsaufstieg ist nicht mit dem normalen Aufstieg CFt gleichzusetzen. Während die Laufbahnanwärter mit ingenieurmäßiger Ausbildung sowie die Regelaufstiegsbeamten gleich in die Besoldungsgruppe A 10 mit einer entsprechenden Laufbahnzulage von DM 145,— einsteigen, beginnt der Verwendungsaufsteiger wegen der fehlenden Ingenieurausbildung im gehobenen Dienst mit der Besoldungsgruppe A 9 und einer Laufbahnzulage von DM 100,—. Somit hat der Verwendungsaufsteiger gegenüber dem mittleren technischen Beamten nur monatlich DM 13,— mehr, nämlich die Differenz zwischen DM 100,— und DM 87,—.

Der Verwendungsaufsteiger nimmt zwar als Besitzstandswahrung seine Zulage von A 9 vz mit in die neue Laufbahn, aber da im Eingangsamte A 9 des gehobenen Dienstes keine Zulage dieser Art vorhanden ist, nimmt der Beamte solange an keiner Besoldungserhöhung teil, bis die persönliche Zulage der Besitzstandswahrung abgeschmolzen ist.

Der Beamte wird dann leider (wenn er nicht zwischenzeitlich nach A 10 befördert wurde) nach einer entsprechenden Zeit wie ein TFBetrl + DM 13,— besoldet, hat also seine Zulage aus A 9 vz verloren.

Wird der Beamte aus Gesundheitsgründen oder wegen Erreichen der Altersgrenze aus A 9 (CFt) in den Ruhestand versetzt, so sind die Ruhestandsbezüge um die Zulage aus A 9 vz oder um Teile davon, wenn sie noch nicht ganz abgeschmolzen ist, geringer.

Aber auch im Ruhestand nimmt der Ruhestandsbeamte solange an der Erhöhung der Ruhestandsbezüge nicht teil, bis die Besitzstandswahrung ganz abgeschmolzen ist. Das heißt mit anderen Worten:

Jeder Verwendungsaufsteiger, der aus der Besoldungsgruppe A 9 (CFt) in den Ruhestand versetzt wird, hat eine um die bereits innegehabte Zulage aus A 9 vz geringere Pension.

Wenn man einen solchen Umstand vorausschauend übersehen kann, so kann bis zum Tage der Beförderung nach A 9 (CFt) jeder Zeit vom Aufstieg zurückgetreten werden, bzw. die Annahme der Beförderungsurkunde und damit die Übernahme in den gehobenen Dienst verweigert werden. Der Beamte verbleibt damit in der Besoldungsgruppe A 9 vz. Ist man aber schon nach A 9 (CFt) befördert und ist jetzt eine Zuruhesetzung absehbar, so kann man eine Rückbeförderung nach A 9 vz beantragen und dadurch Einkommensverluste an den Ruhestandsbezügen vermeiden.

Haben allerdings bei einem Beamten A 9 (CFt) schon Abschmelzungen von der Besitzstandswahrung wegen Besoldungserhöhungen stattgefunden, so sind bei einer dann durchgeführten Rückbeförderung diese Beträge verloren. Für die Feststellung der Ruhestandsbezüge kann nur der Betrag in Anrechnung gebracht werden, der noch vorhanden ist.

Wird der Beamte nach A 10 befördert und hat seine Anwartschaft für die Zuruhesetzung nach A 10 erreicht, sind die vorlaufenden Überlegungen nicht mehr notwendig, der Beamte hat dann sogar am Monatsende immerhin ein paar DM mehr in der Tasche.

Aber die Beförderung nach A 10 wird, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, Jahre auf sich warten lassen.

Die VDFP wird sich mit dieser Situation der Verwendungsaufsteiger nicht abfinden, sondern alle zur Verfügung stehenden Wege beschreiten, um Änderungen herbeizuführen.

VDFP-Bundesvorstand